



ORGANISATION FÜR SICHERHEIT  
UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

DER GENERALSEKRETÄR

**JAHRESBERICHT 1997  
ÜBER OSZE-AKTIVITÄTEN**

*(1. November 1996 - 30. November 1997)*

---

A-1010 WIEN, KÄRNTNER RING 5-7

TEL. : +43-1 514 36-0, FAX : +43-1 514 36-99

SEC.DOC/1/97  
18. Dezember 1997

DEUTSCH  
Original: ENGLISCH

# INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
I. Einleitung .....	1
II. Aktivitäten der OSZE .....	5
1. Politische Konsultationen und Verhandlungen .....	5
2. Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, Normalisierung der Lage nach Konflikten .....	5
2.1 OSZE-Langzeitmissionen .....	5
2.1.1 Langzeitmissionen für Kosovo, den Sandschak und die Vojvodina .....	5
2.1.2 „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje .....	6
2.1.3 Mission in Georgien .....	7
2.1.4 Mission in Estland .....	8
2.1.5 Mission in Moldau .....	8
2.1.6 Mission in Lettland .....	9
2.1.7 Mission in Tadschikistan .....	10
2.1.8 Mission in der Ukraine .....	11
2.1.9 Mission in Bosnien und Herzegowina .....	11
2.1.10 Mission in Kroatien .....	14
2.2 Sonstige Aktivitäten der OSZE vor Ort .....	15
2.2.1 Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsker Konferenz befaßt .....	15
2.2.2 OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien .....	16
2.2.3 OSZE-Präsenz in Albanien .....	16
2.2.4 Beratungs- und Überwachungsgruppe der OSZE in Belarus .....	17
2.3 Mission des Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden in Belgrad .....	18
2.4 Mitwirkung der OSZE an der Umsetzung bilateraler Abkommen .....	19
2.4.1 Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch- russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige .....	19
2.4.2 Der OSZE-Vertreter in der estnischen Regierungs- kommission für pensionierte Militärangehörige .....	19
2.4.3 Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen Kommission für die Radarstation Skruna .....	20
3. Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM) .....	20
3.1 Kroatien .....	20
3.2 Lettland .....	21
3.3 Estland .....	21
3.4 Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien .....	22

	<u>Seite</u>
3.5 Ungarn .....	23
3.6 Slowakische Republik .....	23
3.7 Georgien .....	23
3.8 Griechenland .....	24
3.9 Kasachstan .....	24
3.10 Kirgisistan .....	24
3.11 Ukraine .....	25
3.12 Rumänien .....	25
3.13 Seminar über Schulunterricht für Minderheiten .....	25
3.14 Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für Kosovo .....	26
4. Die menschliche Dimension: Aktivitäten des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) .....	26
4.1 Umstrukturierung des BDIMR .....	26
4.2 Wahlen .....	27
4.3 Menschliche Dimension/Demokratieaufbau .....	28
4.4 Ausbildung/Schulung für die menschliche Dimension .....	29
4.5 Umsetzung von Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension .....	31
4.6 Zusammenfassung .....	31
5. Sicherheitskooperation .....	32
5.1 Jährliches Treffen zur Beurteilung der Durchführung .....	32
5.2 Verhaltenskodex .....	32
5.3 Weltweiter Austausch militärischer Information .....	32
5.4 Sonstige Aktivitäten .....	33
6. Sonstige Aktivitäten .....	33
6.1 Integration kürzlich aufgenommener Teilnehmerstaaten .....	33
6.2 Die wirtschaftliche Dimension .....	35
6.3 Medien und Öffentlichkeitsarbeit .....	35
6.3.1 Medien .....	35
6.3.2 Öffentlichkeitsarbeit .....	36
6.3.3 OSZE On-line .....	37

	<u>Seite</u>
III. Die Parlamentarische Versammlung .....	38
1. Jahrestagung .....	38
2. Jährliche Informationstagung in Wien .....	38
3. Wahlbeobachtung .....	38
4. Besuche und Missionen des Präsidenten .....	39
5. Seminare, Konferenzen und Treffen .....	39
6. Sonstige Aktivitäten .....	39
IV. Beziehungen zu internationalen Organisationen und Institutionen .....	41
V. Beziehungen zu den Kooperationspartnern .....	44
VI. Kontakte zu nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) .....	45
VII. Verwaltung und Finanzen .....	46
1. Finanzen .....	46
1.1 Haushaltsplanung .....	46
1.2 Rechnungswesen .....	46
1.3 Cash Management .....	46
2. Personal .....	47
2.1 Personalstatut .....	47
2.2 Interne Verfahren .....	47
2.3 Einstellung von Personal .....	47
3. Abteilung für Informationstechnologie .....	47
3.1 Sekretariat .....	47
3.2 Missionen .....	48
3.3 IT-Strategieplan .....	48
3.4 Statistische Zusammenfassung für 1997 .....	48
4. Rechtliche Angelegenheiten .....	49
5. Sonstige Verwaltungsaufgaben .....	49
Anhang 1: KONSOLIDIRTER OSZE-HAUSHALT 1997 .....	50
Anhang 2: KONSOLIDIRTER OSZE-HAUSHALTSVORANSCHLAG 1998 .....	52

# I. Einleitung

Von Albanien bis Bosnien und Herzegowina, von den baltischen Staaten bis Kroatien stellte die OSZE dieses Jahr ihre Fähigkeit unter Beweis, in Europa als eines der Hauptinstrumente für Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und die Normalisierung der Lage nach Konflikten zu fungieren, wie dies auf dem Gipfeltreffen von Lissabon im Dezember 1996 gefordert worden war. Unter dem Vorsitz Dänemarks und der effektiven Führung von Außenminister Niels Helveg Petersen trug die OSZE auch in großem Maße zu mehr Demokratie und zur Förderung der Menschenrechte in der Region und damit zur Stärkung von Sicherheit und Stabilität bei. Ermöglicht wurden diese Leistungen durch die wachsende Fähigkeit der Organisation, auf Krisen rasch, flexibel, in vielfältiger Weise und innovativ zu reagieren. Sie sind auch das Ergebnis ihrer Fähigkeit zur Interaktion mit anderen internationalen Organisationen.

Im Berichtszeitraum (1. November 1996 bis 30. November 1997) wurden zwei prominente Persönlichkeiten zu Persönlichen Vertretern des Amtierenden Vorsitzenden bestellt, an die man sich mit der Bitte gewandt hatte, in Krisensituationen entscheidende Maßnahmen zu treffen. Der ehemalige spanische Ministerpräsident Felipe González, der vom damaligen Amtierenden Vorsitzenden, dem Schweizer Bundesrat Flavio Cotti, bestellt wurde, reiste am Höhepunkt der dramatischen Demonstrationen an der Spitze einer OSZE-Delegation nach Belgrad mit dem Auftrag, sich mit der Annullierung der Wahlergebnisse in allen größeren Städten des Landes zu befassen. Auf der Grundlage seines Berichts, der den Sieg der Opposition in diesen Städten bestätigte, wurden die Wahlergebnisse anerkannt, und es kehrte wieder Ruhe ein. Der Persönliche Vertreter gab außerdem Empfehlungen für einen Demokratisierungsprozeß ab, die nun der internationalen Gemeinschaft als Richtschnur dienen.

Die Ernennung eines prominenten Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden erwies sich auch in Albanien als äußerst wirksam, wo der Zusammenbruch der Pyramidenspiele zu größter politischer Instabilität und zu Unruhen in der Bevölkerung geführt hatte. Dem österreichischen Altbundeskanzler Franz Vranitzky gelang es, durch intensive Gespräche mit allen beteiligten Parteien ein für die Abhaltung von Wahlen geeignetes Klima zu schaffen, das die Wiederherstellung der Ordnung und den Beginn des Wiederaufbaus im Land ermöglichte. In Albanien bewies die OSZE, daß sie in der Lage ist, die verschiedenen im Laufe der Jahre entwickelten Institutionen und Instrumente rasch zu mobilisieren. Sie bestellte nicht nur den Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden, sondern richtete auch eine Mission vor Ort (die Präsenz) ein, während das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) mit Unterstützung zahlreicher Beobachter der Parlamentarischen Versammlung eine wesentliche Rolle bei der Durchführung und Überwachung der Wahlen spielte. Sie zeigte außerdem, wie wichtig die Koordinierung zwischen internationalen Organisationen ist. All das wäre der OSZE nicht ohne die Unterstützung der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen genehmigten multinationalen Schutztruppe gelungen, die das Sicherheitsumfeld schuf, in dem die internationalen offiziellen Vertreter und Beobachter ihrer Aufgabe nachkommen konnten. Die OSZE erhielt erstmals den Auftrag, einen Koordinierungsrahmen für die in Albanien tätigen internationalen Organisationen zu bieten, und dieser Rahmen wurde als Erfolg angesehen.

Albanien war auch Schauplatz einer für die zukünftige Arbeit der Organisation ausschlaggebenden Entwicklung. Die OSZE (BDIMR, Parlamentarische Versammlung) sprach zum ersten Mal mit einer Stimme, als sie die von ihr beobachteten Wahlen beurteilte, und sie tat dies gemeinsam mit dem Europarat. Zur Verankerung dieser Praxis wurde eine

Vereinbarung zwischen dem Amtierenden Vorsitzenden im Namen des BDIMR und dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung unterzeichnet, in der vorgesehen ist, daß das BDIMR und die Parlamentarische Versammlung bei der Wahlüberwachung zusammenarbeiten und gemeinsame Erklärungen über ihre diesbezüglichen Erkenntnisse abgeben. Auch das BDIMR weitete seine Aktivitäten im Zusammenhang mit Wahlen aus und legte mehr Gewicht auf Langzeitüberwachung. Dementsprechend wurde das Warschauer Büro von seinem neuen Direktor umstrukturiert und gestärkt.

Wahlen standen auch im Mittelpunkt der Aktivitäten der Mission in Bosnien und Herzegowina. Die entscheidenden Kommunalwahlen wurden trotz der in letzter Minute aufgetretenen Spannungen erfolgreich unter dem wirksamen Schutz der Stabilisierungstruppe (SFOR) durchgeführt. Kurz danach übernahm die OSZE die Aufsicht über die Wahlen zum Parlament der Republika Srpska. Diese Operationen wurden von den langfristigen Aktivitäten der Mission unterstützt: Demokratisierung sowie Förderung der Menschenrechte, der Toleranz zwischen den Volksgruppen, der Rechtsstaatlichkeit und der Medienentwicklung. Inzwischen hatten auch die Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für die Umsetzung von Artikel II (Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Bosnien und Herzegowina) beziehungsweise Artikel IV (Maßnahmen für subregionale Rüstungskontrolle) von Anhang 1-B des Allgemeinen Rahmenübereinkommens für Frieden in Bosnien und Herzegowina beachtliche Ergebnisse erzielt. Insbesondere wurde gemäß Artikel IV die Bewaffnung um fast 6600 Stück reduziert.

Großes Interesse fanden auch andere Entwicklungen im ehemaligen Jugoslawien: Im Sinne der Empfehlungen des ehemaligen Ministerpräsidenten González überwachte die OSZE die Wahlen in der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro). Der Amtierende Vorsitzende bestellte den ehemaligen niederländischen Außenminister Max van der Stoep zu seinem Persönlichen Vertreter für Kosovo, um Möglichkeiten zum Abbau der dortigen Spannungen zu untersuchen. Dies geschah angesichts der Weigerung Belgrads, den Missionen für Kosovo, den Sandschak und die Vojvodina die Wiederaufnahme ihrer Arbeit zu gestatten, bevor nicht das Land selbst an der OSZE teilnehmen darf. Bedauerlicherweise erhielt er keine Genehmigung, die Region zu bereisen.

Einer der Höhepunkte des Jahres war die Abhaltung von Wahlen in Tschetschenien (Russische Föderation), in denen sich der freie Wille der Wahlberechtigten äußerte. Die Wahlen wurden mit Hilfe der OSZE-Unterstützungsgruppe organisiert, die sich in der Folgezeit der Überwachung der Lage der Menschenrechte und humanitärer Hilfe widmete. Leider wurden ihre Aktivitäten durch die unsichere Lage erheblich beeinträchtigt.

1997 kam es zu einer weiteren wesentlichen Entwicklung für die Organisation, die auch für die Stabilität in Südosteuropa von beträchtlicher Bedeutung ist, nämlich die Aufstockung der Mission in Kroatien in Anbetracht des ablaufenden Mandats der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien (UNTAES). Aufgabe der erweiterten Mission ist die Unterstützung und Überwachung der Durchführung der kroatischen Gesetze sowie der von der kroatischen Regierung eingegangenen Vereinbarungen und Verpflichtungen über die Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in beide Richtungen und über den Schutz ihrer Rechte als auch den Schutz Angehöriger nationaler Minderheiten.

Die erfolgreiche Durchführung dieser Mission, die in Kürze die größte aller jemals eingerichteten OSZE-Missionen sein wird, wird ohne Zweifel nach dem Erfolg in Albanien

erneut beispielgebend für die Kooperation zwischen internationalen Organisationen sein. Besonders bemerkenswert war 1997 die verstärkte Zusammenarbeit mit zwischenstaatlichen Gremien. Zusätzlich zu den Konsultationen auf höchster Ebene (insbesondere den trilateralen Treffen mit den Vereinten Nationen und dem Europarat, den 2+2-Gesprächen zwischen den Amtierenden Vorsitzenden und Generalsekretären von OSZE und Europarat, der Rede des Generalsekretärs der OSZE vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen sowie der Rede des Generalsekretärs des Europarats vor dem Ständigen Rat) wurden der Informationsaustausch und die Koordination vor Ort gefördert, die in den meisten Missionen (insbesondere in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kroatien und Tadschikistan) heute zur täglichen Routine gehören.

Die Kooperationspartner und die Kooperationspartner im Mittelmeerraum bekundeten im abgelaufenen Jahr ihr anhaltendes Interesse an der Arbeit der OSZE. Auch die Kontakte mit nichtstaatlichen Organisationen sind nach wie vor ein wesentlicher Teil der Aktivitäten der OSZE-Institutionen und -Missionen.

Eine weitere Initiative, die im Verlauf des Jahres gesetzt wurde, war die Einrichtung einer Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus, die den Behörden bei der Förderung demokratischer Institutionen und der Einhaltung ihrer sonstigen OSZE-Verpflichtungen hilfreich zur Seite stehen soll. Leider konnte die Gruppe ihre Arbeit noch nicht aufnehmen, da sich die Verhandlungen über ein technisches Abkommen mit den Behörden von Belarus in die Länge ziehen.

Hervorzuheben war in diesem Jahr auch die beträchtliche Ausweitung der OSZE-Aktivitäten in Zentralasien über ihr Verbindungsbüro, die von den Ländern der Region insbesondere anlässlich der Besuche des Amtierenden Vorsitzenden, des Generalsekretärs und des Direktors des BDIMR gewünscht worden war. Es steht zu hoffen, daß es durch die Unterzeichnung des Allgemeinen Abkommens über die Herbeiführung von Frieden und nationaler Eintracht in Tadschikistan, dessen Durchführung von der OSZE-Mission unterstützt wird, möglich sein wird, dieses vom Krieg heimgesuchte Land in die Langzeitaktivitäten einzubinden.

Allgemein trugen alle OSZE-Missionen - ob groß oder klein - nach wie vor wesentlich zu Sicherheit und Stabilität im OSZE-Gebiet bei. Trotz beachtlicher Leistungen hat noch keine Mission bisher ihr Mandat zur Gänze erfüllt, so daß noch keine von ihnen beendet wurde. Das Beispiel des Abbaus von Mitarbeitern der OSZE-Präsenz in Albanien im Gefolge der Wahlen könnte sich bei anderen Vor-Ort-Einsätzen fortsetzen, sobald es zu einer spürbaren Verbesserung kommt.

Im Bereich der Frühwarnung und Konfliktverhütung äußerten die Teilnehmerstaaten erneut Dank und Anerkennung für den Beitrag des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten. Der Hohe Kommissar stattete den Ländern, in denen er Schwierigkeiten festgestellt hatte, zahlreiche Folgebesuche ab und setzte seinen Dialog mit den Behörden sowie mit Vertretern von politischen Parteien und Volksgruppen fort.

Zur weiteren Stärkung der Fähigkeit der Organisation, potentielle Krisen und Fälle der Nichteinhaltung von OSZE-Prinzipien auf dem Gebiet der freien Meinungsäußerung und der Medienfreiheit zu erkennen, beschlossen die Teilnehmerstaaten, einen Beauftragten für Medienfreiheit einzusetzen. Sie richteten ferner im Sekretariat den Dienstposten eines Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE ein. Damit werden die



Aktivitäten im Bereich der menschlichen und wirtschaftlichen Dimension der Sicherheit zunehmen.

Der Generalsekretär setzte seinerseits einen Prozeß zur Umstrukturierung des Sekretariats in Gang, um es in die Lage zu versetzen, mit dem zunehmenden Arbeitsumfang Schritt zu halten, seine operativen Fähigkeiten zu stärken und den neuen Erwartungen der Teilnehmerstaaten gerecht zu werden.

Dazu zählt die Sicherheitskooperation, ein Bereich, in dem im vergangenen Jahr die erste Folgekonferenz zum OSZE-Verhaltenskodex über politisch-militärische Aspekte der Sicherheit, das Jährliche Treffen zur Überprüfung der Durchführung und die Erstüberprüfung des Wiener Dokuments 1994 als Erfolg zu verzeichnen waren.

Im Einklang mit der Erklärung von Lissabon und im Hinblick auf das Sechste Treffen des Ministerrats in Kopenhagen widmeten die Teilnehmerstaaten unter der Leitung des Amtierenden Vorsitzenden 1997 einen Großteil ihrer politischen Beratungen in Wien der intensiven Arbeit an einem gemeinsamen und umfassenden Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert.

## **II. Aktivitäten der OSZE**

### **1. Politische Konsultationen und Verhandlungen**

Das herausragende Ereignis des Berichtszeitraums (November 1996 bis November 1997) war das Gipfeltreffen in Lissabon im Dezember 1996. Die Staats- und Regierungschefs verabschiedeten eine Gipfelerklärung und eine Erklärung über ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert. Außerdem wurde auf dem Gipfeltreffen ein Rahmen für Rüstungskontrolle angenommen und die Rolle des Forums für Sicherheitskooperation gestärkt.

Der Ständige Rat (PC) ist nach wie vor zentrales Gremium der OSZE für politische Konsultation und Beschlußfassung. Er gab den Missionen vor Ort politische Leitlinien vor und reagierte auf sich rasch ändernde Gegebenheiten durch neue Initiativen zur Förderung der operativen Stärke der Organisation. Im Berichtszeitraum wurden vom PC 60 Beschlüsse verabschiedet.

Im Jahr 1997 fand kein Treffen des Hohen Rates statt.

Der Sicherheitsmodell-Ausschuß setzte seine Debatte über das gemeinsame und umfassende Sicherheitsmodell für das einundzwanzigste Jahrhundert fort. In diesem Rahmen wurden in Wien zwei Seminare abgehalten - das eine zu „Spezifischen Risiken und Herausforderungen“ und das andere zur „Regionalen Sicherheit und Zusammenarbeit“. Die erweiterte PC-Sitzung im November leistete einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheitsmodell-Debatte.

### **2. Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, Normalisierung der Lage nach Konflikten**

Langzeitmissionen und andere Aktivitäten der OSZE vor Ort waren nach wie vor ein wirksames Instrument der Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Normalisierung der Lage nach Konflikten. Die Einrichtung einer OSZE-Präsenz in Albanien sowie einer Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus vergrößerte im Berichtszeitraum die Zahl der OSZE-Operationen vor Ort. Im Rahmen ihrer von den Teilnehmerstaaten ausgearbeiteten Mandate nahmen die OSZE-Einsätze vor Ort ihre vielfältigen Aufgaben wahr, von der Förderung von Verhandlungen zwischen Konfliktparteien und der Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte bis hin zur Hilfestellung bei der Schaffung demokratischer Institutionen. Frühwarnungen seitens der Langzeitmissionen oder durch andere Aktivitäten vor Ort stärkten die Fähigkeit der Organisation, entsprechende Maßnahmen zur Verhinderung von Konflikten beziehungsweise ihrer Ausbreitung zu treffen.

#### **2.1 OSZE-Langzeitmissionen**

##### **2.1.1 Langzeitmissionen für Kosovo, den Sandschak und die Vojvodina**

Bei den Missionen gab es 1997 keine Änderungen. Sie sind nach wie vor nicht operativ, da die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) ihre Wiedereinsetzung weiterhin von der Teilnahme des Landes an der OSZE abhängig macht.

Ein nützliches Instrument zur Überwachung der Lage in der Region ist eine Ad-hoc-Gruppe, die nach wie vor regelmäßig in Wien zusammentritt, um die von den OSZE-Teilnehmerstaaten vorgelegten Analysen zu beurteilen. Die der Ad-hoc-Arbeitsgruppe zugehenden Informationen werden wöchentlich an den PC weitergeleitet.

Im Februar wurde Herr Max van der Stoel zum Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Kosovo bestellt, mit dem Auftrag, die Lage in dem Gebiet zu prüfen und darüber hinaus zu erkunden, wie bestehende Spannungen abgebaut und neue Spannungen verhindert werden können. Er wurde auch beauftragt, die Möglichkeit eines konstruktiven Dialogs zu diesen Fragen zwischen den Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) und Vertretern der albanischen Gemeinschaft in Kosovo zu erkunden. Leider wurde Herr van der Stoel an der Ausübung seines Mandats vor Ort gehindert, da ihm die BRJ-Behörden ein Einreisevisum verweigerten. Im Oktober führte der Persönliche Vertreter in Österreich Beratungen mit serbischen Experten aus Belgrad und albanischen Experten und Politikern aus Priština, bei denen die Zunahme der Spannungen im Kosovo, die Möglichkeiten einer Vereinbarung über vertrauensbildende Maßnahmen sowie verschiedene Lösungsmodelle für den künftigen Status von Kosovo erörtert wurden.

### **2.1.2 „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje**

Die Mission setzte die Beobachtung der Lage im Hinblick auf regionale Stabilität, Sicherheit und Zusammenarbeit fort. Unruhen in drei Nachbarländern sorgten im Laufe des letzten Jahres dafür, daß sich die Arbeit der Mission weiterhin zu einem guten Teil auf das nach wie vor bestehende Risiko eines Übergreifens (*spillover*) konzentrierte, wofür sie 1992 ins Leben gerufen worden war.

Dennoch mußte die Mission infolge der Verschlechterung des Klimas zwischen den Volksgruppen im Land einen Teil ihrer Bemühungen und Mittel der innenpolitischen Dimension widmen. In dem Bestreben, eine Entschärfung der Spannungen herbeizuführen, hat die Mission den Dialog mit der Regierung und den Minderheiten fortgesetzt. Besondere Bemühungen galten dem wirtschaftlichen Bereich, mit dem ein Mitglied der Mission betraut wurde, um damit das für Stabilität und Sicherheit insgesamt so wichtige Wirtschaftswachstum zu fördern. Die Mission war bemüht, potentielle Geber auf Geschäfts- und Investitionsmöglichkeiten aufmerksam zu machen, die Bandbreite und Qualität ihrer wirtschaftlichen Berichterstattung zu verbessern und als Katalysator mit Hilfsorganisationen und anderen internationalen Organisationen und Finanzinstitutionen entwicklungsfähige Wirtschaftszweige zu ermitteln.

In dem Bestreben, den Gaststaat bei der Entwicklung der demokratischen Strukturen besser zu unterstützen, intensivierte die Mission ihre Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen.

Die Mission spielte eine zentrale Rolle bei der Planung und Abwicklung der internationalen Beobachtung der landesweiten Kommunalwahlen Ende 1996, die aufgrund von Schwierigkeiten in einer Gemeinde (Tetovo) erst im Februar 1997 abgeschlossen werden konnten. Mit maßgeblicher Unterstützung durch die Botschaften vor Ort vertretener Teilnehmerstaaten rekrutierte die Mission 54 internationale Beobachter und stellte den Rahmen für die Beteiligung von 12 Beobachtern des Europarats. Die Beobachtung trug entscheidend zur Stabilisierung des Wahlvorgangs bei, der durch erhebliche Mängel bei der Erstellung der Wählerverzeichnisse beeinträchtigt wurde.

Die Mission unterstützte auch weiterhin die Arbeit des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten und trug aktiv zur Profilierung der OSZE bei. Im Mai 1997 organisierte sie den zweiten nationalen Staffellauf zwischen den Städten Skopje und Tetovo, an dem Teams aus allen Teilen der Gemeinschaft teilnahmen.

### **2.1.3 Mission in Georgien**

Im abgelaufenen Jahr stand Georgien im Brennpunkt des OSZE-Interesses. Ende August absolvierte der dänische Außenminister, Herr Niels Helveg Petersen, in seiner Eigenschaft als Amtierender Vorsitzender der OSZE einen Besuch in Tiflis, bei dem er die Arbeit der Mission in bezug auf den Konflikt in Südossetien und Abchasien sowie Möglichkeiten einer regionalen Zusammenarbeit im Kaukasus erörterte. Ende Juni war der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten in Tiflis, um sich ein Bild vom Stand der Beziehungen zwischen den Volksgruppen und von der Lage der nationalen Minderheiten zu machen. Der Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung und Sonderberichterstatter für Abchasien, Prof. Lamentowicz, stattete Georgien im Zuge der Vorarbeiten zu seinem Bericht an die Parlamentarische Versammlung zwei Besuche ab. Im April besuchte der Generalsekretär die Mission; er führte Gespräche mit der georgischen Regierung und eröffnete im südossetischen Zchinwali ein Büro der Mission.

In Südossetien wurde die Arbeit der Mission seit dem Sommer durch die Entsendung eines aus zwei Missionsmitgliedern bestehenden ständigen Teams in die Außenstelle in Zchinwali erleichtert, die dort turnusmäßig im Einsatz sind. Die Gefahr des Wiederaufkommens ethnisch oder politisch motivierter Gewalt hat weiter abgenommen, doch herrscht nach wie vor Gesetzlosigkeit, und viel wird nun von der engen Zusammenarbeit der Vollziehungsbehörden auf beiden Seiten abhängen. Mit der so wichtigen Hilfe seitens des UNHCR, der jederzeit mit der Unterstützung der Mission rechnen kann, ist die Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen angelaufen, und sie sollte sich im Verlauf des nächsten Jahres verstärkt fortsetzen, vor allem dann, wenn es gelingt, die Frage der Rückgabe von zurückgelassenem Besitz beziehungsweise einer entsprechenden Entschädigung im Einklang mit internationalen Standards zu regeln. Das von der Mission geförderte zunehmende Engagement internationaler Geberorganisationen zugunsten des wirtschaftlichen Wiederaufbaus im Konfliktgebiet wird ein wichtiger Beitrag zur politischen Regelung sein. Die Verhandlungen über eine solche Regelung werden sicherlich langwierig und kompliziert sein. Die Mission wird die Parteien daran erinnern, daß sie bereits vor drei Jahren ein Modell für die Autonomie Südossetiens erstellt hatte, das nach wie vor als Diskussionsgrundlage dienen könnte.

Die Entwicklungen im Konflikt in Abchasien waren von intensiven Vermittlungsbemühungen seitens der Russischen Föderation und verstärkten bilateralen Kontakten zwischen der politischen Führung Georgiens und Abchasiens auf verschiedenen Ebenen geprägt, etwa durch Treffen des Präsidenten Georgiens mit dem Führer Abchasiens. Auch die Rolle der Vereinten Nationen als federführende Organisation im Verhandlungsprozeß zwischen den beiden Parteien kam erneut ins Spiel, als in Genf die Friedensgespräche, an denen auch die OSZE teilnimmt, einberufen wurden. Ein neues Element in diesen Gesprächen ist die stärkere Einbindung der am Sitz der Vereinten Nationen in New York angesiedelten Gruppe der „Freunde des Generalsekretärs“ (FoSG), die allerdings bei der abchasischen Seite auf Widerspruch stößt. Ein Durchbruch, insbesondere in der Frage des zukünftigen Status Abchasiens und der Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen, ist jedoch noch nicht in Sicht. Die OSZE tut alles in ihren Kräften stehende zur Unterstützung

der Vereinten Nationen in deren Bemühungen, Fortschritte zu fördern. Besonders wünschenswert wäre eine Zwischenlösung für den Distrikt Gali. Als weiteres Beispiel für Synergie hat die OSZE einen Mitarbeiter zum Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen in Suchumi abgestellt, wodurch eine Grundlage geschaffen ist, die gegebenenfalls verstärkt und ausgebaut werden kann.

Zum Thema Menschenrechte und Demokratisierung in ganz Georgien ist festzustellen, daß die Mission weiterhin Einzelfälle von allgemeiner Bedeutung verfolgt und den Fortschritt bei den Rechtsreformen und die Lage in den verschiedenen Regionen des Landes überwacht. Besondere Aufmerksamkeit widmet die Mission derzeit der Umsetzung eines Erlasses von Präsident Schewardnadse über den Schutz der Menschenrechte und Menschenrechtserziehung in den Schulen. Daneben bedarf auch die Frage eines Minderheitengesetzes und von Gesetzen betreffend die Rechte dieser Minderheiten großer Aufmerksamkeit, da sie auch für die Lösung der Konflikte in Georgien und die Verhütung zukünftiger Konflikte von Bedeutung sind. Die Mission strebt eine engere vierseitige Kooperation und Koordination mit dem BDIMR, dem Europarat und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) an, wobei sie die Rolle einer ständigen Verbindungs- und Überwachungsstelle für Menschenrechtsprojekte in Georgien übernehmen könnte.

#### **2.1.4 Mission in Estland**

Das ganze Jahr 1997 hindurch überwachte die Mission die Ausstellung von Fremdenpässen. Die alten sowjetischen Inlandsreisepässe liefen Ende Mai 1997 ab, und die Ausstellung von Fremdenpässen ist nun soweit fortgeschritten, daß der größte Teil ausgestellt ist; Neuanträge langen nur noch vereinzelt ein.

Die Mission verfolgt den Einbürgerungsprozeß und vermerkt insbesondere die Standardisierung des Sprachtests im Rahmen der Staatsbürgerschaftsprüfung.

Die Mission befaßte sich wie bisher mit Fragen im Zusammenhang mit dem Estnischunterricht für Personen mit russischer oder einer anderen nichtestnischen Muttersprache, da eine solche Ausbildung eine der Hauptvoraussetzungen für eine echte Integration ist; sie half mit, den Sprachkursen ausländische Unterstützung zukommen zu lassen. Großen Erfolg verzeichnete ein Sommerprogramm, bei dem russischsprachige Kinder ihre Ferien bei estnischen Familien verbrachten, ein Projekt, das die Mission 1998 wiederholen möchte.

1997 befaßte sich die Mission verstärkt mit der Entwicklung und Unterstützung des NGO-Sektors. Sie beteiligte sich an der Veranstaltung von Seminaren, insbesondere im Nordosten, aber auch in Tallinn. Ferner beschäftigte sie sich mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Gebiet um den Peipussee. Die Mission leistete Hilfestellung bei der Planung und Durchführung des Forums in Narwa (30. Oktober bis 1. November), auf dem allgemeine Probleme des Zugangs über die Grenze hinweg, Umweltfragen, die das Gebiet betreffen, sowie einige Einzelfälle erörtert wurden.

#### **2.1.5 Mission in Moldau**

1997 fand ein für den Prozeß einer Gesamtregelung des transnistrischen Problems in Moldau wesentliches Ereignis statt, als am 8. Mai die Präsidenten Moldaus, Rußlands und der Ukraine gemeinsam mit dem transnistrischen Führer Igor Smirnow in Moskau das „Memorandum über die Grundsätze für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Republik Moldau und Transnistrien“ im Beisein des Amtierenden Vorsitzenden unter-

zeichneten, der ebenfalls seine Unterschrift unter das Dokument setzte. In diesem Dokument kamen die beiden Konfliktparteien überein, mit der Herstellung ihrer „staatsrechtlichen“ Beziehungen fortzufahren und unverzüglich daranzugehen, diese Beziehungen und den Status Transnistriens, einschließlich der Aufteilung und Abtretung der Zuständigkeiten, zu definieren. Darüber hinaus unterzeichneten die Präsidenten Rußlands und der Ukraine als Garanten einer zukünftigen Regelung eine Gemeinsame Erklärung, die die Möglichkeit ausschließt, daß das Memorandum in einer Weise ausgelegt wird, die den OSZE-Prinzipien zuwiderläuft, oder daß die Souveränität und territoriale Integrität der Republik Moldau in Zweifel gezogen werden kann. Der Amtierende Vorsitzende unterzeichnete auch diese Erklärung.

Im Sommer wurden Fortschritte in Richtung einer Gesamtregelung gemacht, wobei die Mission in Moldau sowie die russischen und ukrainischen Vermittler federführend mit der Ausarbeitung eines Dokuments befaßt waren, in dem der Status Transnistriens und die Aufteilung der Zuständigkeiten festgelegt wurden. Dies gab Anlaß zur Hoffnung, daß zum Zeitpunkt des Gipfeltreffens der Gemeinschaft unabhängiger Staaten, das am 23. Oktober in Chisinau stattfand, ein weiteres Dokument unterzeichnet werden könnte; die politischen Verhältnisse ließen die Vereinbarung eines solchen Dokuments jedoch nicht zu. Die Gespräche werden unter voller Beteiligung der OSZE-Mission fortgesetzt.

Im September wurde die Vereinbarung der Mission mit der Gemeinsamen Kontrollkommission erneuert, die für die Überwachung der Sicherheitszone zwischen Transnistrien und dem restlichen Moldau zuständig ist. Ebenfalls im September verließ eine Zugladung nichtkampffähiger militärischer Ausrüstung der Operativen Gruppe der russischen Streitkräfte (OGRF) Transnistrien; es war dies der erste Transport dieser Art seit über einem Jahr. Bis Mitte 1997 hatte die OGRF ihre Stärke um rund 40 Prozent auf etwa 3000 Mann verringert.

Die Mission führte Ermittlungen zu behaupteten Problemen im Bereich der Menschenrechte und der menschlichen Dimension im allgemeinen. Sie behandelte insbesondere mit beiden Seiten die Frage des Unterrichts in Lateinschrift in Transnistrien, und der Schulanfang 1997/98 war von weniger Spannungen begleitet als in den Jahren zuvor.

Während des Besuchs einer OSZE-Troika-Delegation im Oktober wurde die Arbeit der Mission von beiden Seiten mit lobenden Worten gewürdigt, und es wurde allgemein die Hoffnung geäußert, daß die OSZE ihr Engagement fortsetzen werde.

### **2.1.6 Mission in Lettland**

Die wichtigste Aufgabe der Mission das ganze Jahr 1997 hindurch war wie bisher die Überwachung der Umsetzung des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1994 und des Gesetzes über Nichtstaatsbürger aus dem Jahr 1995. Die Mission vertiefte ihre bereits vorhandenen engen Kontakte mit den wichtigsten, für Einbürgerungsfragen zuständigen lettischen Institutionen, nämlich der Abteilung für Staatsbürgerschaft und Zuwanderung, dem Einbürgerungsrat und dem Menschenrechtsbüro. Mitglieder der Mission setzten die Überwachung des Durchführungsmodus der Einbürgerungsprüfungen fort, die ihrer Ansicht nach in fairer Weise durchgeführt werden. Die Mission stellte allerdings fest, daß die Einbürgerungen schleppend vor sich gingen und die Gründe hierfür durchleuchtet und Möglichkeiten zur Verbesserung gefunden werden mußten.

Hinsichtlich der Abkommen über den Truppenabzug aus dem Jahre 1994 fungierte die Mission weiter als unparteiischer Vermittler in bezug auf Fragen, die die in Lettland gebliebenen pensionierten Militärangehörigen der Russischen Föderation betreffen.

### **2.1.7 Mission in Tadschikistan**

Im Juni 1997 wurde in Moskau das Allgemeine Abkommen über die Herbeiführung von Frieden und nationaler Eintracht in Tadschikistan unterzeichnet. Die OSZE-Mission in Tadschikistan hatte allen intertadschikischen Verhandlungen als Beobachter beigewohnt und wurde Mitunterzeichner des im Mai 1997 in Teheran unterzeichneten Protokolls über die Garantien zur Umsetzung des Allgemeinen Abkommens über die Herbeiführung von Frieden und nationaler Eintracht in Tadschikistan. Als Vorbedingung für dieses Protokoll wurde die OSZE über ihre Mission in Duschanbe beauftragt, die Umsetzung des Allgemeinen Abkommens in Bereichen mit Bezug zu den Menschenrechten und die Schaffung von politischen und Rechtsinstitutionen und -prozessen auf demokratischer Basis zu erleichtern. Die Garantiestaaten und -organisationen kamen überein, eine Kontaktgruppe in Duschanbe einzurichten, deren Aufgabe es ist, die Umsetzung des Allgemeinen Abkommens zu überwachen und den Parteien sachverständige Berater und andere gute Dienste zur Verfügung zu stellen. Die Mission nimmt regelmäßig an Sitzungen dieser Gruppe teil.

Seit die Kommission für nationale Aussöhnung (CNR) im September 1997 ihre Arbeit aufnahm, unterstützte und beriet die Mission die CNR bei der Prüfung von Verfassungsänderungen und der Novellierung von Gesetzen betreffend politische Parteien, Wahlen und Massenmedien. Im Oktober 1997 fand unter der Schirmherrschaft der OSZE der erste Runde Tisch zu Verfassungsänderungen statt, an dem Mitglieder der CNR, der Regierung und verschiedener politischer Kräfte teilnahmen. In naher Zukunft sind weitere gemeinsame Runde Tische mit der CNR und der OSZE geplant. Zur Förderung der Entwicklung politischer Prozesse organisierte die Mission verschiedene Konferenzen und Seminare zu Themen wie dem Friedens- und Versöhnungsprozeß in Tadschikistan sowie zu Fragen der Konsolidierung der tadschikischen Nation und der Rolle der Jugend im zukünftigen Tadschikistan. Die Mission war bemüht, die OSZE-Prinzipien verstärkt im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu verankern, und richtete zu diesem Zweck eine Diskussionsgruppe ein, in der Personen unterschiedlicher politischer Herkunft und verschiedenster Berufe regelmäßig zu einem Gedankenaustausch über aktuelle Fragen zusammenkommen.

In Durchführung ihres Mandats in enger Zusammenarbeit mit der Regierung gelang es der Mission, Verbindung zu regionalen und politischen Kräften des Landes aufzunehmen und damit den Dialog zu erleichtern und eine Vertrauensbasis herzustellen. Missionsmitglieder besuchen regelmäßig alle Regionen Tadschikistans, um ein realistisches Bild vom politischen Umfeld im ganzen Land zu gewinnen. Die Mission setzt sich außerdem für Kontakte zwischen Gruppierungen ein, die im politischen Leben Tadschikistans eine maßgebliche Rolle spielen könnten.

Die Mission setzt ihre enge Verbindung und Zusammenarbeit mit den Organisationen der Vereinten Nationen und den anderen internationalen Organisationen in allen Bereichen ihrer Tätigkeit fort.

Die Mission ist bestrebt, die Einhaltung der Menschenrechtsstandards und -prinzipien in einer im Hinblick auf die Menschenrechte schwierigen Situation zu fördern. In enger Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge über-

wacht die Mission über ihre Außenstellen die Wiedereingliederung zurückkehrender Flüchtlinge und Binnenvertriebener und bietet Rechtsberatung an, um deren rasche Wiederansiedlung zu erleichtern. Die Außenstellen fördern ihrerseits die Herbeiführung der Rechtsstaatlichkeit und die Wiederherstellung des Vertrauens in örtliche Institutionen, insbesondere innerhalb der Justiz und der Vollziehungsbehörden in den vom Krieg am schwersten in Mitleidenschaft gezogenen Landesteilen.

### **2.1.8 Mission in der Ukraine**

Mit dem deutlichen Nachlassen der Spannungen auf der Krim im letzten Jahr befaßte sich die Mission vorrangig mit den ungelösten wirtschaftlichen und sozialen Problemen, unter denen die Halbinsel nach wie vor leidet. Damit traten erneut die Fragen in den Vordergrund der Bemühungen, die mit der Rückkehr von mehr als 250.000 Zwangsverschickten, in der Mehrzahl Krimtataren, zusammenhängen. Diese Bemühungen der Mission erfolgten in enger Zusammenarbeit mit dem HKNM und internationalen Organisationen wie dem UNDP, dem UNHCR und der IOM, so daß Aufrufe an die Gebergemeinschaft um eine Erhöhung der Beiträge zur Wiedereingliederung der ehemaligen Zwangsverschickten gut vorgebracht und begründet werden können. Für Anfang 1998 ist eine internationale Konferenz geplant, auf der endgültige Zusagen der Geber erwartet werden.

Die Mission bemühte sich ferner aktiv darum, auf die kürzlich gelockerten Staatsbürgerschaftsbestimmungen aufmerksam zu machen, die den rund 100.000 derzeit auf der Krim befindlichen Krimtataren, die noch immer Staatsbürger einer anderen ehemaligen Sowjetrepublik sind, den Erwerb der ukrainischen Staatsbürgerschaft ermöglichen sollen. Diesbezüglich arbeitet die Mission eng mit dem UNHCR mit dem Ziel zusammen, die auf der Halbinsel verstreuten Gemeinden der Zwangsverschickten über das neue Staatsbürgerschaftsgesetz zu informieren.

Der rechtliche Rahmen für die Autonome Republik Krim innerhalb des ukrainischen Staates, in erster Linie die Verfassung der Krim, ist noch nicht vollständig. Mit sachverständigem Rat aus OSZE-Quellen setzt die Mission ihre Beratung der Behörden der Ukraine und der Krim fort und macht Vorschläge für die noch ausstehenden Bestimmungen.

### **2.1.9 Mission in Bosnien und Herzegowina**

Wahlen. 1997 baute die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina die bei ihrer Überwachung der landesweiten Wahlen 1996 gewonnenen Erfahrungen weiter aus. Mit der Abhaltung der Kommunalwahlen wollte die OSZE in erster Linie ein größeres Maß an Verantwortlichkeit und Transparenz erreichen. Für die Erreichung dieses Ziels waren drei Hauptelemente maßgebend:

1. die weitere Ausarbeitung von Regeln und Vorschriften, um endgültige Kriterien für die Wahlberechtigung sowie die Verfahren für die Eintragung von Parteien, Koalitionen und Kandidaten, die Stimmabgabe und die Stimmenauszählung formulieren zu können;
2. die Eintragung aller Wähler;
3. die vollständige und umfassende internationale Überwachung der Wählereintragsstellen und Wahllokale.



Im Lauf der achtwöchigen Kampagne, die zu Beginn des Frühjahrs innerhalb Bosnien und Herzegowinas, in den Eintragungsstellen der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) und Kroatiens sowie, auf dem Postweg, in der restlichen Welt durchgeführt wurde, wurden 2,5 Millionen Wähler eingetragen. Den Wählern stand es frei, sich für ihre Heimatgemeinde vor dem Krieg oder ihren nunmehrigen Wohnort zu entscheiden, wenn dabei vorgegebene Kriterien erfüllt wurden. Dann wurden endgültige Wählerlisten erstellt, in denen jedem Wähler ein bestimmtes Wahllokal zugewiesen wurde. Während der Kommunalwahlen 1997 vom 13. und 14. September lag die Wahlbeteiligung bei 88 Prozent der eingetragenen Wähler. Zur Überwachung des Ablaufs in den Wahllokalen und Auszählstellen wurden über 2300 internationale Überwacher herangezogen, geschult und eingesetzt. Der SFOR kam während der Wahlen eine wichtige Rolle zu, indem sie für ein sicheres Umfeld und die logistische Unterstützung der Mission sorgte. Es wurden insgesamt 142 Gemeinderäte gewählt, wobei die Wahlen in vielen Gemeinden eine Entwicklung zu politischem Pluralismus und neuen Trends aufwiesen.

Es stand schon vorher fest, daß die Umsetzung der Ergebnisse angesichts der von Spannungen zwischen den Volksgruppen geprägten Nachkriegssituation einer genauen Überwachung bedarf. Die OSZE war ermächtigt, dafür zu sorgen, daß die neugewählten Gemeinderäte und -versammlungen sich noch vor der endgültigen Bestätigung der Wahlergebnisse konstituierten und ihre Arbeit aufnahmen.

Unmittelbar nach den Kommunalwahlen und als Ergebnis der Verfassungskrise in der Republika Srpska und der Auflösung der Nationalversammlung wurde die OSZE federführend mit der Überwachung eines unvorhergesehenen Wahlgangs betraut. Mit den Beschlüssen Nr. 186 und 190 vom 18. beziehungsweise 26. September beauftragte der PC die OSZE mit der Überwachung der Wahlen zur Nationalversammlung der Republika Srpska, die am 22. und 23. November 1997 stattfanden. Annähernd 70 Prozent der im Lande befindlichen Wähler gaben in diesem Wahlgang ihre Stimme ab, bei dem 83 Abgeordnete zur Nationalversammlung der RS gewählt wurden.

Menschenrechte. Die Menschenrechtsabteilung setzte wie bisher ihr umfangreiches Netz an Menschenrechtsbeamten (HROs) zur genauen Überwachung der Menschenrechtsslage, zur Berichterstattung über Zwischenfälle mit Bezug zu Menschenrechten sowie zu Ermittlungen und zum Eingreifen in Fällen konkreter Menschenrechtsverletzungen ein. Dieses Jahr konzentrierten sich die HROs insbesondere auf die menschenrechtlichen Aspekte von Fällen, in denen es um Eigentumsfragen, Zwangsräumungen und die Rückkehr Vertriebener, die Rechtsstaatlichkeit, illegale Festnahmen und die Einhaltung des Übereinkommens von Rom über die Verhaftung von Kriegsverbrechern, Minderheitenschutz und Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ging. In der Wahlphase 1997 kam es bei der Überwachung und Erleichterung der Wahlen und der Umsetzung der Wahlergebnisse zu einer engen Zusammenarbeit zwischen der Menschenrechtsabteilung und den Gruppen zur Koordinierung der Überwachung (MCGs) und den Kommissionen zur Umsetzung der Wahlergebnisse (ERICs).

Die Menschenrechtsabteilung pflegte ferner enge Zusammenarbeit in Fragen der Menschenrechtspolitik und -umsetzung mit dem Büro des Hohen Repräsentanten (OHR) und anderen Parteien (Internationale Polizeieinsatztruppe, Stabilisierungstruppe, Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge usw.), insbesondere über das Menschenrechts-Koordinierungszentrum (HRCC).

Regionale Stabilisierung. Die Durchführung der im Allgemeinen Rahmenübereinkommen für Frieden in Bosnien und Herzegowina vorgesehenen konkreten Rüstungskontrollvereinbarungen machte 1997 gute Fortschritte. Das Abkommen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen führte zu einer schrittweisen Beschleunigung der Mitarbeit der Parteien. Anhang 1-B Artikel IV des Dayton Übereinkommens - das Abkommen über subregionale Rüstungskontrolle - machte sichtlich bessere Fortschritte als erwartet, und die Parteien sind dabei, ein ausgewogenes und stabiles Niveau der Streitkräfte auf möglichst niedriger Ebene im Einklang mit ihren Verteidigungsbedürfnissen zu erreichen.

Die Parteien in Bosnien und Herzegowina haben in einem Prozeß, der zu tiefen Zerwürfnissen hätte führen können, Zurückhaltung und Mäßigung gezeigt. Das Klima größerer Offenheit, von mehr Vertrauen und Transparenz sowie die Fortschritte in Richtung eines Kräftegleichgewichts der Streitkräfte in der Subregion sind den Bemühungen und der Entschlossenheit der Vertreter der Parteien zu verdanken - eine beachtliche Leistung, für die ihnen Anerkennung gebührt.

Die Parteien haben die Rolle der OSZE anerkannt, was sich darin äußert, daß sie die Organisation ersucht haben, auch im Jahr 1998 an wichtigen Aktivitäten mitzuwirken, für die die Parteien Ende 1997 die Zuständigkeit hätten übernehmen sollen. Ungelöste Schwierigkeiten sind hauptsächlich auf mangelnde Erfahrung und unzureichende Kenntnis der Verfahren zurückzuführen - und nicht auf passiven Widerstand oder Nichteinhaltung. Die regionalen Stabilisierungsbehörden stehen nach wie vor in engen Arbeitsbeziehungen mit den wichtigsten zivilen und militärischen Durchführungsstellen.

Demokratisierung. Die Abteilung für Demokratisierung, die ursprünglich zur Menschenrechtsabteilung gehörte, wurde im November 1996 als eigene Einheit etabliert und mit folgenden Aufgaben betraut: Förderung der Entwicklung der Zivilgesellschaft, Abhaltung demokratischer Wahlen zur Förderung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, sowie der Vereinigungs- und Bewegungsfreiheit, Schaffung der Grundlagen einer repräsentativen Regierung und schrittweise Verwirklichung demokratischer Ziele in ganz Bosnien und Herzegowina.

1997 wurden Programme in drei Hauptbereichen durchgeführt. Der Vertrauensbildung dienten Aktivitäten zu dem Zweck, den Dialog zwischen den Volksgruppen über die Grenzlinie zwischen den Gebietseinheiten hinweg zu fördern. Programme zur Entwicklung der Zivilgesellschaft waren dazu bestimmt, die Bürger verstärkt einzubinden, die unabhängigen Medien zu stärken, eine vielfältigere Parteienlandschaft zu fördern und die auf Bestand ausgerichtete Arbeit örtlicher nichtstaatlicher Organisationen zu unterstützen. Projekte zum Aufbau demokratischer Institutionen konzentrierten sich schließlich auf die Unterstützung von Bildungseinrichtungen und Lehrkräften bei der Vermittlung demokratischer Werte sowie auf die Förderung einer unabhängigen Rechtssprechung durch Schulung für Rechtsberufe und das Eintreten für Gesetze, die den internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen. Ferner wurde ein Programm zur Hilfe in Rechtsangelegenheiten gestartet, das landesweit Rechtsberatung anbietet und gleichzeitig einem starken und demokratischen Rechtssystem förderlich ist.

Im Dokument des Gipfeltreffens von Lissabon vom Dezember 1996 heißt es, daß die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina durch konkrete Programme zum Aufbau der Demokratie beitragen soll. Die Abteilung für Demokratisierung kommt dieser Verpflichtung nach, indem sie schrittweise Projekte durchführt, die die erforderlichen Voraussetzungen für

Wahlen fördern und, im Einklang mit der Erklärung von Sintra vom Mai 1997, die Entwicklung demokratischer Institutionen beschleunigen sollen. Die Demokratisierungsaktivitäten tragen ihrerseits zur Schaffung des für die erfolgreiche Umsetzung der Wahlergebnisse erforderlichen Umfelds und für das wirksame Funktionieren der Gemeinderäte bei.

Büro für Medienentwicklung. Das Büro für Medienentwicklung (MDO) ist ein eigenes Büro innerhalb der Abteilung für Demokratisierung. In diesem Jahr führte und sponserte das MDO fünf Gemeinschaftsprogramme für die Gebietseinheiten mit dem Ziel, den Dialog, die Interaktion und das Verständnis über die Grenzen der Gebietseinheiten hinweg zu verbessern. Auf der letzten Konferenz für Journalisten aus den Gebietseinheiten im Oktober erörterten über 100 Journalisten aus allen Teilen Bosnien und Herzegowinas gemeinsame Anliegen und Probleme ihres Berufs. Diese Journalistenkonferenzen sind für Medienvertreter aus allen Landesteilen die einzige Gelegenheit zur Begegnung und zum Meinungsaustausch. Das Büro für Medienentwicklung setzt außerdem sein Presseverteilungsprogramm fort, das Journalisten und anderen einflußreichen Personen Zeitungen und Zeitschriften über die Grenzen der einzelnen Gebietseinheiten hinweg zustellt.

Die Ombudsleute der Föderation. Die derzeitigen Ombudsleute der Föderation, Frau Branka Raguz, Frau Vera Jovanovic und Herr Esad Muhibic wurden im Einklang mit der Verfassung der Föderation am 31. Dezember 1994 von der KSZE (nunmehr OSZE) für eine Amtszeit von mindestens drei Jahren bestellt. Die Bestellungsvollmacht geht erst nach Verabschiedung eines eigenen Ombudsmann-Gesetzes auf das Parlament der Föderation über; dieses Gesetz kann frühestens drei Jahre nach Inkrafttreten der Verfassung (d.h. dem 31. Mai 1997) erlassen werden. Die OSZE-Mission und die Ombudsleute haben mit Genehmigung der Regierung um fachliche Unterstützung bei der Abfassung eines solchen Gesetzes durch den Europarat ersucht. Das Gesetz wird internationale anerkannte Kriterien für die Auswahl und die Bestellung festlegen. Die gegenwärtigen Ombudsleute haben den Wunsch geäußert, ihr Amt weiter auszuüben. Die Gespräche zwischen der OSZE-Mission, den Ombudsleuten und der Föderation zum Thema Bestellung werden fortgesetzt.

Die im Amt befindlichen ersten Ombudsleute genießen breite Unterstützung und große Achtung in örtlichen und internationalen Menschenrechtskreisen, in diplomatischen Kreisen und in der Bevölkerung.

### **2.1.10 Mission in Kroatien**

In Wahrnehmung ihres Auftrags setzte die Mission die Überwachung der Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen anhand einzelner Fälle und die eingehende Prüfung der bestehenden Eigentumsgesetze fort. Diese Tätigkeit mündete in einem detaillierten Grundlagenbericht über den „Schutz der Eigentumsrechte in der Republik Kroatien“. Dieser Bericht findet bei internationalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen wie auch bei den wichtigsten Kooperationspartnern große Anerkennung. In Zusammenarbeit mit dem BDIMR beteiligte sich die Mission darüber hinaus an der Überwachung der Wahlen im April 1997 zur zweiten Kammer und zu den Bezirks- und Kommunalversammlungen sowie der Präsidentschaftswahlen im Juni 1997. Der Sonderkoordinator für die OSZE-Beobachtermission, Senator Paul Simon (USA), bezeichnete die zuletzt genannten Wahlen, deren Durchführung effizient war, als „frei, jedoch nicht fair“, da die Kandidaten sich zwar ungehindert äußern konnten, aber der Prozeß im Vorfeld der Wahlen seiner Ansicht nach insgesamt mit Mängeln behaftet war.

Die Mission wurde im Hinblick auf das bevorstehende Ende der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien (UNTAES) durch den PC-Beschluß Nr. 176 (26. Juni 1997) verstärkt, der eine schrittweise Aufstockung des Personals bis zu höchstens 250 internationalen Mitarbeitern bewilligte. Die Mission wurde auch ermächtigt, an der Ausarbeitung kroatischer Gesetze und an der Überwachung der Umsetzung nicht nur dieser Gesetze, sondern auch der von der kroatischen Regierung eingegangenen Übereinkünfte und Verpflichtungen in folgenden Bereichen mitzuarbeiten:

- (i) Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in beide Richtungen und Schutz ihrer Rechte;
- (ii) Schutz der Angehörigen nationaler Minderheiten.

Die Mission wurde ferner ermächtigt, den kroatischen Behörden konkrete Empfehlungen zu unterbreiten und dringende Fragen nötigenfalls an den Ständigen Rat zu verweisen.

Die kroatischen Behörden und der Amtierende Vorsitzende kamen überein, daß der Beschluß Nr. 176 eine Abänderung des am 29. August 1996 zwischen der Regierung Kroatiens und der OSZE vereinbarten *Memorandum of Understanding* darstellt, womit das Mandat der OSZE-Mission in der Republik Kroatien nunmehr aus den zwei Beschlüssen des Ständigen Rats Nr. 112 (18. April 1996) und Nr. 176 (26. Juni 1997) besteht, die beide bis 31. Dezember 1998 verlängert wurden.

Im Anschluß an die Verstärkung der Mission wird das Hauptquartier in Zagreb nun durch Koordinierungsstellen in Vukovar, Knin, Sisak und Daruvar sowie durch Außenstellen an 16 weiteren Standorten und das Bereichsbüro Zagreb unterstützt. Eine enge Zusammenarbeit wurde mit der Überwachungsmission der Europäischen Kommission (ECMM) und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) eingerichtet, die an der Koordinierung der Einsätze vor Ort und dem Informationsaustausch über vom OSZE-Hauptquartier aus tätige Verbindungsbeamte teilnehmen. Die Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, dem Europarat, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte sowie mit einschlägigen nicht-staatlichen Organisationen ist nach wie vor aufrecht. Eine besonders enge Zusammenarbeit entstand mit der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Ostslawonien im Hinblick auf deren bevorstehenden Rückzug aus der Region.

## **2.2 Sonstige Aktivitäten der OSZE vor Ort**

### **2.2.1 Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsker Konferenz befaßt**

Der Persönliche Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden und sein Assistententeam haben ihre Überwachung der militärischen Lage in der Konfliktregion fortgesetzt. Diese Aktivitäten machen deutlich, welch hohen Stellenwert die fortgesetzte Überwachung der geltenden Waffenruhe für die gesamte OSZE hat.

Der Persönliche Vertreter unterstützte ferner die Bemühungen der Kovorsitzenden der Minsker Konferenz um die Herbeiführung einer Regelung des Konflikts in der Region, indem er den Anstoß zu einem Friedensplan gab. Er traf regelmäßig mit den Behörden Aserbaidschans und Armeniens sowie mit der politischen und militärischen Führung von

Berg-Karabach zusammen, um eine Regelung auf der Grundlage des Vorschlags der Kovorsitzenden voranzubringen. Der Persönliche Vertreter unterstützte außerdem die Hochrangige Planungsgruppe und bereitete einen Besuch ihrer Vertreter in der Region vor, der einer Aktualisierung ihres Plans für eine friedenserhaltende Operation der OSZE, wie sie auf dem Gipfeltreffen von Budapest 1994 ins Auge gefaßt wurde, dienen sollte.

### **2.2.2 OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien**

Am 27. Januar wurden in Tschetschenien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgehalten. Die OSZE leistete bei der Abhaltung und Überwachung dieser Wahlen Hilfeleistung. Sie brachten den freien Willen der Wahlberechtigten zum Ausdruck. Der zweite Wahlgang der Parlamentswahlen fand am 15. Februar statt. Seit damals konzentrierte die Unterstutzungsgruppe ihre Aufmerksamkeit auf andere Punkte ihres Mandats: in erster Linie die Lage der Menschenrechte, die Situation der nationalen Minderheiten in Tschetschenien sowie Fragen im Zusammenhang mit humanitärer Hilfe und Unterstützung durch die in Tschetschenien oder außerhalb tätigen NGOs.

Neben der Überwachung der Menschenrechtslage hält die Gruppe Verbindung mit wichtigen Kreisen des politischen und gesellschaftlichen Lebens Tschetscheniens. Sie hält auch die Wirtschaftslage und die Gespräche über ein Ölabbkommen unter Beobachtung (Transport des Erdöls aus Aserbaidschan durch Tschetschenien), die mit den politischen Verhandlungen über die Zukunft Tschetscheniens eng verknüpft sind.

Die Tätigkeit der Gruppe besteht zu einem wesentlichen Teil darin, beim Entminungsprojekt und der Exhumierung und Identifizierung der Toten Hilfeleistung zu leisten. Die Gruppe unterstützt auch ein Waisenhaus mit 47 Kindern und hilft bei der Beschaffung von Ausrüstung für das Krankenhaus für Kinderchirurgie.

Die Gruppe ist ebenso wie ausländische Vertreter (NGOs und andere) mit dem Problem der explosionsartig zunehmenden Kriminalität in Tschetschenien und den Nachbarrepubliken konfrontiert - hauptsächlich Entführungen zur Erpressung von Lösegeld und Überfälle von Banditen. Dieses Problem hat sich rasch zu einem politischen Faktor in den Beziehungen zwischen Grosny und Moskau entwickelt und beeinträchtigt den Ruf Tschetscheniens in der Weltöffentlichkeit erheblich. Eine äußerst negative Konsequenz ist darüber hinaus der drastische Rückgang der Tätigkeit nahezu aller internationalen mit humanitärer Hilfeleistung befaßten NGOs.

Die Lage bezüglich der Geiselnahmen ist alarmierend und die Sicherheitslage allgemein äußerst angespannt. Die Unterstutzungsgruppe versuchte in diesen Fällen nach besten Kräften zu helfen und erwartet von den tschetschenischen Behörden volle Kooperation.

### **2.2.3 OSZE-Präsenz in Albanien**

Als Reaktion auf die schwere politische Krise im Februar 1997 bestellte der Amtierende Vorsitzende der OSZE am 4. März den österreichischen Altbundeskanzler Dr. Franz Vranitzky zu seinem Persönlichen Vertreter für Albanien. Am 27. März richtete der Ständige Rat die OSZE-Präsenz ein, um Albanien bei der Demokratisierung, der Einrichtung unabhängiger Medien und dem Schutz der Menschenrechte sowie bei der Vorbereitung und Überwachung von Wahlen zu beraten und zu unterstützen. Ferner sollte die OSZE als Koordinierungsstelle für die Arbeit anderer internationaler Organisationen und für verbesserten

Schutz der Menschenrechte und die Schaffung der Grundelemente für eine Zivilgesellschaft fungieren.

Im Juni und Juli fanden Parlamentswahlen statt. Die OSZE half über das BDIMR bei ihrer Durchführung in Form von technischer Unterstützung und internationaler Überwachung mit. Der Persönliche Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Dr. Franz Vranitzky, spielte eine entscheidende Rolle, als es darum ging sicherzustellen, daß die politischen Parteien in vollem Umfang teilnehmen können und die Wahlen ordnungsgemäß durchgeführt werden. Internationale Beobachter unter der Führung der OSZE-Sonderkoordinatorin und Abgeordneten zum Europäischen Parlament, Frau Catherine Lalumière, dem Leiter der Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Sir Russel Johnston, und des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Herrn Javier Rupérez, erklärten diese Wahlen für „zureichend und annehmbar“ und betonten, daß die internationale Gemeinschaft „nach den Wahlen eine erhebliche Anstrengung zur nationalen Aussöhnung“ erwarte, ohne die „eine Festlegung der Bedingungen für internationale Hilfe in Ermangelung einer Basis“ nicht möglich wäre. Gemeinsam mit einem von der neuen Koalitionsregierung beschlossenen Programm für nationale Versöhnung und wirtschaftlichen Wiederaufbau eröffneten diese Wahlen den Weg für umfangreiche internationale Hilfsmaßnahmen, die im Juli beziehungsweise im Oktober 1997 auf den internationalen Konferenzen in Rom und Brüssel vereinbart wurden. Die Ministerkonferenz in Rom vom 17. Oktober „begrüßte die Absicht der OSZE, weiterhin als flexibler Koordinationsrahmen für die internationale Albanienhilfe in Abstimmung mit der albanischen Regierung zu dienen“.

Nach Abschluß der Vorbereitung und Überwachung der Wahlen wurde die Zahl der internationalen Mitarbeiter der Präsenz reduziert. Gleichzeitig eröffnete die OSZE-Präsenz im Oktober 1997 zwei Außenstellen zur Unterstützung des Hauptbüros in Tirana. Die drei Büros sind in den Bereichen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung und Bürgerrechte, Wahlhilfe, Überwachung der Medien und institutioneller Aufbau tätig. Erwähnenswert ist das Verwaltungszentrum zur Koordinierung der Hilfsmaßnahmen und Mitwirkung der Öffentlichkeit (ACCAPP), das von der OSZE gesponserte Büro, das die in- und ausländische Hilfe und die Mitwirkung der Öffentlichkeit an der Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs koordiniert. Die OSZE leistete über das BDIMR außerdem Hilfestellung bei der Eintragung der Wähler und Bürger, stand den Gerichten mit fachlicher Unterstützung zur Seite, half bei der Errichtung nationaler Menschenrechtsinstitutionen wie dem Ombudsmann, erhob das Ausmaß der Medienfreiheit und vollendete die ersten beiden Phasen eines NGO-Netzes.

Die Präsenz arbeitete in enger Abstimmung mit den albanischen Behörden, mit Botschaften und bilateralen Hilfsmissionen, mit anderen internationalen Organisationen wie dem Europarat, der WEU (Multinationaler Beirat für politische Maßnahmen) und der EU/EK, insbesondere der Beratenden Mission für Zollfragen und der Überwachungsmission der Europäischen Gemeinschaft (ECMM), die ihre Überwachung vor Ort mit der OSZE koordinierte.

#### **2.2.4 Beratungs- und Überwachungsgruppe der OSZE in Belarus**

Der Ständige Rat (PC) befaßte sich wiederholt mit der Einhaltung international anerkannter demokratischer und verfassungsmäßiger Prinzipien und Praktiken und anderer OSZE-Verpflichtungen wie Pressefreiheit und Freizügigkeit durch Belarus.

Der Amtierende Vorsitzende bestellte Botschafter Thorning-Petersen zu seinem Persönlichen Vertreter, um sich ein Bild von der Lage im Land zu machen und festzustellen, wie die OSZE den belarussischen Behörden am besten dabei helfen kann, mit der Schaffung eines geeigneten demokratischen Rahmens voranzukommen. Botschafter Thorning-Petersen besuchte Belarus im Zuge einer Erkundungsmission vom 15. bis 18. April 1997. In seinem anschließenden Bericht an den PC empfahl er die Einrichtung einer OSZE-Präsenz.

Im Sommer 1997 fanden Verhandlungen zwischen dem Amtierenden Vorsitzenden und seinem neuen Persönlichen Vertreter, Botschafter Bierring, und Vertretern von Belarus über Form und Mandat einer OSZE-Präsenz statt. Als Ergebnis dieser Verhandlungen beschloß der PC am 18. September 1997, eine OSZE-Beratungs- und Überwachungsgruppe einzurichten. Aufgabe der Gruppe ist es, den belarussischen Behörden bei der Förderung demokratischer Institutionen und der Einhaltung anderer OSZE-Verpflichtungen zur Seite zu stehen. Ferner wird sie diesen Prozeß überwachen und über ihn berichten. Diese Aufgaben werden in Zusammenarbeit mit den belarussischen Behörden und einschlägigen internationalen Organisationen wahrgenommen.

Da die Erörterung zwischen der OSZE und den belarussischen Behörden über die technischen Modalitäten für die Beratungs- und Überwachungsgruppe noch andauern, hat die Gruppe ihre Arbeit noch nicht aufgenommen.

### **2.3 Mission des Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden in Belgrad**

Unzufriedenheit über die Annullierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen vom November führten im Winter 1996 in der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) zu Protesten und zunehmenden Spannungen. Auf die Einladung des Außenministers der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) an die OSZE, sich aus erster Hand über die Wahlen zu informieren, bestellte der damalige Amtierende Vorsitzende am 17. Dezember den ehemaligen Ministerpräsidenten Spaniens, Herrn Felipe González, zu seinem Persönlichen Vertreter. Herr González stattete Belgrad am 20. und 21. Dezember einen Besuch ab und führte ausführliche Gespräche, unter anderem mit Regierungsbeamten, Oppositionsführern und Vertretern der Medien, in denen er seinen Gesprächspartnern die in der Charta von Paris enthaltenen Verpflichtungen wie demokratische Wahlen, politische Redefreiheit und Achtung der Menschenrechte in Erinnerung rief. Der Persönliche Vertreter kam zu dem Schluß, daß die Wahlen den Willen der Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) zum Ausdruck bringen und daß die Behörden die Wahlergebnisse akzeptieren und sich daran halten müssen. In Anbetracht dieser Feststellungen und Empfehlungen und auf Grund des zunehmenden Druckes im In- und Ausland erklärten sich die Belgrader Behörden schließlich am 4. Februar bereit, im Einklang mit den im González-Bericht gezogenen Schlußfolgerungen die Wahlergebnisse anzuerkennen. Herr González war auch zu dem Schluß gekommen, daß eine möglichst rasche Verbesserung des derzeitigen Wahlsystems und, ganz allgemein, Maßnahmen in Richtung einer demokratischen Reform in höchstem Maße wünschenswert seien.

## **2.4 Mitwirkung der OSZE an der Umsetzung bilateraler Abkommen**

### **2.4.1 Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige**

Die Gemeinsame lettisch-russische Kommission für pensionierte Militärangehörige trat auch 1997 regelmäßig zusammen, und es gelang ihr, das Hauptaugenmerk von unbedeutenden technischen Details auf allgemeinere Fragen zu lenken. In einer kooperativen Atmosphäre ging es darum, die Probleme in einer beide Seiten zufriedenstellenden Weise zu lösen. Die Diskussionen konzentrierten sich auf die Privatisierung von Wohnungen, in denen pensionierte Militärangehörige wohnen, die Instandhaltung von Gedenkstätten in Lettland und Rußland und auf eine Reihe anderer sozialer Fragen, die pensionierte Militärangehörige betreffen.

### **2.4.2 Der OSZE-Vertreter in der estnischen Regierungskommission für pensionierte Militärangehörige**

Die estnische Regierungskommission für pensionierte Militärangehörige setzte 1997 die Prüfung von Anträgen auf Aufenthaltsgenehmigung von ehemaligen russischen Militärangehörigen fort. Nach Erledigung eines Großteils der Anträge, etwa 16.000, müssen noch mehrere tausend weniger eindeutige Fälle geprüft werden. Bisher wurden nur wenige Anträge abgelehnt, und einige negative Bescheide wurden dank einer OSZE-Intervention aus humanitären Gründen widerrufen. Bei der Beurteilung von Antragstellern, bei denen Sicherheitsfragen im Spiel waren, wurden auch Bedenken der OSZE berücksichtigt.

Die Gemeinsame estnisch-russische Kommission für die Durchführung der Übereinkunft von 1994 über Sozialgarantien trat nur sporadisch zusammen. Die estnische Seite stimmte schließlich der Teilnahme des OSZE-Vertreters in Fällen zu, in denen ihn betreffende Fragen zur Sprache kommen.

Nur wenige Fortschritte gab es bezüglich der Regelung des Problems illegaler Ausländer, unter ihnen auch ehemalige Soldaten. Ein Appell der Regierung, illegale Ausländer mögen der Meldepflicht nachkommen, fand bisher wenig Echo. Der OSZE-Vertreter setzte sich mit Nachdruck für eine positivere Einstellung zu einer Amnestie ein, mit der Zusage der Straffreiheit und einer eventuellen Einbeziehung der OSZE, die zum Abbau von Mißtrauen beitragen könnte.

Das Amt des OSZE-Vertreters setzte seine Aktivitäten zur Integration und Repatriierung geschiedener und verwitweter ehemaliger Angehöriger, die nach dem Rückzug der russischen Truppen zurückgelassen worden waren, mit ermutigendem Erfolg fort. Diese Art der Sozialarbeit, die in Zusammenarbeit mit der IOM, den Regierungen und örtlichen Behörden durchgeführt wird, hat eine wichtige menschliche Dimension und wird auch entsprechend gewürdigt. Nach Abschluß eines zu Beginn dieses Jahres versuchsweise durchgeführten Integrationskurses für rund 20 Frauen fand im November/Dezember 1997 ein sechswöchiger Anschlußkurs für etwa 40 Frauen statt. Eine Reihe von Frauen konnten mit finanzieller Unterstützung aus nordischen Ländern nach Rußland zurückkehren.



### **2.4.3 Der OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen Kommission für die Radarstation Skrunđa**

Wie bisher hielt die Gemeinsame Kommission unter dem Vorsitz des OSZE-Vertreters auch 1997 monatliche Sitzungen ab. Im April und Oktober fand die fünfte beziehungsweise sechste reguläre Inspektion der Radarstation statt. Es wurde bestätigt, daß sich beide Parteien an das Abkommen halten.

Gemäß dem Abkommen endet die Betriebsphase der Radarstation am 31. August 1998. Die Parteien kamen im Zuge der im Sommer 1997 - in der Gemeinsamen Kommission und informell - geführten Erörterungen überein, daß die OSZE grundsätzlich auch in der Demontage-Phase wie bisher involviert sein sollte; das bedeutet, daß auch in Zukunft jährlich zwei reguläre Inspektionen sowie regelmäßige Sitzungen der Gemeinsamen Kommission stattfinden werden. Die Vorbereitungen für die Demontage stehen nun auf der Tagesordnung der Gemeinsamen Kommission.

## **3. Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)\***

Der Hohe Kommissar befaßte sich mit eine Reihe von Fragen, die nationale Minderheiten in einigen OSZE-Teilnehmerstaaten betreffen. Diese Fragen erfaßten ein breites Themenspektrum, darunter die Schwierigkeiten bei der Erlangung einer Staatsbürgerschaft, die Zukunftsaussichten von Angehörigen nationaler Minderheiten, die in ihre angestammten Wohngebiete zurückkehren, Probleme im Zusammenhang mit dem Bildungswesen, der Gebrauch der Sprachen nationaler Minderheiten und die Teilnahme nationaler Minderheiten am sozialen und politischen Leben ihres Landes.

### **3.1 Kroatien**

Vom 24 bis 28. September 1996 stattete der Hohe Kommissar Kroatien einen Besuch ab. Am 26. und 27. September leitete er in Bizovac in der Nähe von Osijek einen Runden Tisch über „praktische Lösungen auf lange Sicht für die Stabilität in Ostslawonien, der Baranja und Westsirmien in der Zeit nach der UNTAES“. Zu den Teilnehmern am Runden Tisch zählten mehr als 40 Vertreter der Regierung der Republik Kroatien, des Parlaments, kroatischer Kommunalverwaltungen, serbischer Behörden aus der Region Ostslawonien, der Baranja und Westsirmien und der serbischen Minderheit in Kroatien. Vom 11. bis 13. Oktober führte der Hohe Kommissar den Vorsitz bei einem weiteren Runden Tisch in Trakoscan. Der Teilnehmerkreis umfaßte Vertreter der Regierung Kroatiens und aus der Region, die derzeit unter der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen steht. Der stellvertretende Übergangsverwalter und andere Funktionäre der UNTAES nahmen als Beobachter teil. Die Tagung, der auch der Leiter der OSZE-Mission in Kroatien beiwohnte, war als Reaktion auf ein Ersuchen beider Delegationen des letzten Runden Tisches in Bizovac einberufen worden.

Vom 26. bis 30. Januar 1997 besuchte der Hohe Kommissar erneut Kroatien. Er stattete Zagreb und der Region Ostslawonien, der Baranja und Sirmien einen Besuch ab, die sich unter der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen (UNTAES) befindet. Vom 19. bis 21. März reiste der Hohe Kommissar in Begleitung des Leiters der OSZE-Mission in

---

\* In diesem Abschnitt sind auch Aktivitäten enthalten, die nicht in den Berichtszeitraum fallen, im letzten Jahresbericht jedoch nicht enthalten waren.

Kroatien nach Knin (ehemaliger Sektor Süd), wo er mit dem Regierungskommissar und örtlichen Vollziehungsbeamten zusammentraf. Die Vertreter verschiedener internationaler Organisationen unterrichteten ihn über die Lage in dem Gebiet. Im Zentrum der Diskussionen standen die Lage der Angehörigen der serbischen Gemeinschaft, die in die Krajina zurückkehren und sich dort niederlassen wollten, und die Schwierigkeiten, die sie dabei antraten (samt angeblichen Schikanen), sowie ihre Behauptung, daß sie von den örtlichen Behörden nur unzureichend Schutz erhielten. Vom 29. Juni bis 2. Juli führte der Hohe Kommissar Gespräche in Zagreb und Ostslawonien. Vom 14. bis 17. September besuchte er neuerlich Zagreb und bereiste den ehemaligen Sektor Süd, wo er mit dem Bürgermeister von Knin und den Befehlshabern der örtlichen Polizeikräfte zusammentraf. Der Hohe Kommissar sprach auch mit Vertretern internationaler Organisationen in Knin. Bei diesen Treffen erörterte er die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen in beiden Richtungen, die Eigentumsrechte der Rückkehrer und die gesamte Sicherheitslage in der Region. Er besuchte auch ein Gebiet, in dem man bereits mit der Rückkehr serbischer Familien begonnen hatte. Die serbischen Rückkehrer berichteten dem Hohen Kommissar über die großen Probleme, mit denen sie Tag für Tag konfrontiert sind.

### **3.2 Lettland**

Vom 7. bis 9. Oktober 1996 und vom 6 bis 7. April 1997 besuchte der Hohe Kommissar Riga, wo er unter anderem mit dem Präsidenten, dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister zusammentraf. Die Besuche des Hohen Kommissars dienten in erster Linie dem Zweck, sich über die Einbürgerungsverfahren des Landes und das lettische Sprachprogramm zu informieren, durch das die lettische Sprache größere Verbreitung erhalten soll. Weitere Diskussionsthemen waren Entwicklungen im Zusammenhang mit dem jüngst vom Präsidenten ins Leben gerufenen Nationalitätenbeirat und die Tätigkeit des lettischen Menschenrechtsbüros. Vom 28. bis 30. Oktober begab sich der Hohe Kommissar erneut nach Riga. Bei dieser Gelegenheit nahm er zu den Bestimmungen des neuen Gesetzesentwurfs über eine Staatssprache in Lettland Stellung, die als zu restriktiv und nicht den internationalen Standards entsprechend kritisiert worden waren.

### **3.3 Estland**

Der Hohe Kommissar besuchte vom 9. bis 11. Oktober 1996 und vom 8. bis 9. April 1997 Tallinn. Er traf mit dem Präsidenten, dem Ministerpräsidenten und dem Bildungsminister zusammen. Ferner führte er Gespräche mit dem Präsidenten des estnischen Parlaments (*Riigikogu*) und mehreren Beamten des Innenministeriums, des Amtes für Staatsbürgerschaft und Migration und des Sprachenamtes. Diese Besuche dienten hauptsächlich dem Zweck, dem Hohen Kommissar eine Beurteilung der Entwicklung der Einbürgerungsverfahren und des Standes bezüglich der Ausstellung von Fremdenpässen und deren Ausgabe an Nichtstaatsbürger zu ermöglichen. Zur Erörterung gelangten neben anderen Themen die Bemühungen, den Runden Tisch des Präsidenten über die Beziehungen zwischen den Volksgruppen wirksamer zu gestalten, bis hin zu neuen Sprachausbildungsprogrammen, die den Unterricht des Estnischen für Nichtestnische verbessern sollen.

Am 6 und 7. Dezember 1996 führte der Hohe Kommissar in Lund, Schweden, den Kovorsitz bei einem Runden Tisch über „Beziehungen zwischen den Volksgruppen in Estland“. Der Runde Tisch war auf Ersuchen des Hohen Kommissars von der in Den Haag ansässigen Stiftung für interethnische Beziehungen gemeinsam mit dem Raoul-Wallenberg-Institut in Schweden veranstaltet worden. Der Teilnehmerkreis umfaßte hohe Vertreter der

estnischen Präsidentschaftskanzlei und Regierungsministerien sowie mehrere Parlamentsabgeordnete und Forscher und Wissenschaftler aus nichtstaatlichen Organisationen und estnischen Hochschuleinrichtungen. Auch einige internationale Experten nahmen daran teil.

### **3.4 Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien**

Vom 16. bis 18. Oktober und vom 16. bis 18. Dezember 1996 bereiste der Hohe Kommissar die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Er führte Gespräche mit dem Präsidenten, dem Außenminister und dem Minister für Erziehung und Sport. Ferner traf er mit den Führern dreier albanischer politischer Parteien zusammen: der PDP (die der regierenden Koalition angehört), der NDP und der PDPA. Am 17. und 18. Dezember führte der Hohe Kommissar den Vorsitz bei einem Runden Tisch über den „Aufbau harmonischer Beziehungen zwischen Volksgruppen“, der auf sein Ersuchen von der Stiftung für inter-ethnische Beziehungen veranstaltet worden war. An dem Runden Tisch nahmen unter anderem der Außenminister, der Minister für Erziehung und Sport, der Justizminister, der Wissenschaftsminister, der Vorsitzende der Partei für demokratisches Wohlergehen (PDP) und der Vorsitzende der Liberalen Partei teil. Neben einer Reihe internationaler Vertreter wohnten auch mehrere Parlamentsabgeordnete, Vertreter nationaler Minderheiten (insbesondere der Albaner) und Fachleute aus dem Universitätsbereich des Landes der Veranstaltung bei.

Vom 6. bis 8. März besuchte der Hohe Kommissar erneut Skopje, um sich einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen im Land zu verschaffen, insbesondere diejenigen, die direkt mit den Beziehungen zwischen den Volksgruppen zu tun haben, darunter vor allem die Demonstrationen mazedonischer Studenten und die albanischen Feierlichkeiten in Tetovo. Zu Studentendemonstrationen war es im Zusammenhang mit der kurz zuvor beschlossenen rechtswissenschaftlichen und pädagogischen Fakultät gekommen. Die albanischen Feierlichkeiten in Tetovo hatten dem Sieg der PDPA bei den Kommunalwahlen gegolten. Der Hohe Kommissar zeigte sich besorgt über die zunehmenden Spannungen zwischen den Volksgruppen und im höchsten Maß beunruhigt über Äußerungen der Intoleranz, zu denen es bei beiden Ereignissen gekommen war, und begrüßte die wiederholten Zusicherungen der Regierung, die Minderheitenrechte, zu denen sie sich im Rahmen der OSZE verpflichtet hatten, in vollem Umfang achten zu wollen.

Nach einem weiteren Besuch vom 24. bis 27. März in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien begab sich der Hohe Kommissar vom 10. bis 13. Juli erneut dorthin, um die Ereignisse aus erster Hand zu beurteilen, unter anderem die mit unmittelbarem Bezug zu den Beziehungen zwischen den Volksgruppen und insbesondere die Vorkommnisse anlässlich der Demonstrationen in der vorwiegend albanischen Stadt Gostivar am 9. Juli, bei der drei Menschen ums Leben gekommen waren. Er traf mit dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister, Beamten des Innenministeriums und den Führern der PDP und der PDPA zusammen, zweier politischer Parteien, die die albanische Minderheit im Land vertreten. Die Behörden gestatteten dem Hohen Kommissar auch ein Zusammentreffen mit dem Bürgermeister von Gostivar (der sich im Gefängnis befand) und dem Bürgermeister von Tetovo. Im Anschluß an seine Gespräche gab der Hohe Kommissar eine Erklärung ab, in der er sein Bedauern über die Todesopfer zum Ausdruck brachte und an alle Volksgruppen im Staat den eindringlichen Appell richtete, sich um Lösungen zur Beilegung des Konflikts zwischen den Volksgruppen zu bemühen, auf beiden Seiten Haß und Intoleranz abzulegen und einen konstruktiven und beständigen Dialog anzustreben, der sich

am Prinzip gleicher Rechte für alle Volksgruppen orientiert. Vom 28. September bis 1. Oktober absolvierte der Hohe Kommissar einen Folgebesuch.

### **3.5 Ungarn**

Am 5. November 1996 begab sich der Hohe Kommissar zu einem Besuch nach Budapest, wo er mit dem Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten, dem Staatssekretär im Außenministerium und mehreren Vertretern der slowakischen Minderheit zusammentraf, deren Lage er erörtern wollte. Die Hauptthemen waren unter anderem die Rechte von Minderheiten, Bestimmungen für ihre Vertretung im nationalen Parlament, Fragen des Erziehungswesens sowie der Sprachunterricht für Minderheiten. Am 20. Februar 1997 hielt sich der Hohe Kommissar erneut in Ungarn auf. Bei dieser Gelegenheit wurden hauptsächlich folgende drei Themen erörtert: die parlamentarische Vertretung der Minderheiten, Sendezeit in Fernsehen und Rundfunk für Minderheitensprachen und das Recht der Angehörigen der slowakischen Volksgruppe, zu entscheiden, in welcher Sprache ihre Kinder in der Schule unterrichtet werden sollen. Am 17. und 18. September 1997 besuchte der Hohe Kommissar Budapest; bei diesem Besuch wurden unter anderem die jüngsten Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen zwischen Ungarn und der Slowakischen Republik erörtert, insbesondere im Hinblick auf Minderheitenfragen, die Vertretung der Minderheiten im ungarischen Parlament, die Frage der Sendezeit für Minderheitensprachen im ungarischen Fernsehen und Rundfunk und der Schulunterricht in slowakischer Sprache.

### **3.6 Slowakische Republik**

Am 11. und 12. November 1996 besuchte der Hohe Kommissar Bratislava. Er traf dabei mit dem Präsidenten, dem Ministerpräsidenten und dessen Stellvertreter, dem Außenminister, dem slowakischen Parlamentspräsidenten und dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses im Parlament zusammen. Ferner führte er Gespräche mit verschiedenen Mitgliedern der im Parlament vertretenen Oppositionsparteien und mit Vertretern ungarischer Parteien in der Slowakischen Republik. Die Erörterungen hatten hauptsächlich die Lage der ungarischen Minderheit in der Slowakischen Republik und die diesbezügliche Haltung der slowakischen Regierung zum Thema. Bei diesen Treffen wurden auch andere Themen angesprochen, unter anderem Minderheitenrechte, der Unterricht und Bestimmungen in bezug auf Minderheitensprachen, die Umsetzung des Staatssprachengesetzes, Entwicklungen auf dem Gebiet der Minderheitenkultur und deren Finanzierung sowie Fragen im Zusammenhang mit der landesweiten Reform der Verwaltung und der Gebietskörperschaften. Vom 15. bis 17. April besuchte der Hohe Kommissar erneut Bratislava. Die Gespräche konzentrierten sich vor allem auf Fragen des Bildungswesens und der Kultursubventionen für Minderheiten aus staatlichen Mitteln. Der Hohe Kommissar informierte sich auch darüber, inwieweit sich das Staatssprachengesetz und die gesetzlichen Regelungen für den Gebrauch von Minderheitensprachen gegenseitig ergänzen. Im Mittelpunkt seines Besuches vom 13. bis 15. Oktober standen Fragen wie der Gebrauch der Sprache von Minderheiten im amtlichen Schriftverkehr, die Ausstellung zweisprachiger Schulzeugnisse und die Grundsätze für die Vergabe von Kultursubventionen. Als weiteres wichtiges Thema erörterte der Hohe Kommissar die Lage der slowakischen Minderheit in Ungarn.

### **3.7 Georgien**

Vom 23. bis 25. Juni stattete der Hohe Kommissar Georgien einen Besuch ab, wo er vom Präsidenten empfangen wurde. Er traf auch mit dem Parlamentspräsidenten, dem

Außenminister, dem Minister für Flüchtlinge und die Ansiedlung (von Flüchtlingen) und dem Vorsitzenden des Parlamentsausschusses für Menschenrechts- und nationale Minderheitenfragen zusammen. Der Besuch verfolgte den Zweck, sich über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Beziehungen zwischen den Volksgruppen in Georgien zu informieren.

### **3.8 Griechenland**

Am 8. September besuchte der Hohe Kommissar Athen, wo er mit dem Außenminister, dem Stellvertretenden Minister und dem Staatsminister zusammentraf. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Lage auf dem Balkan. Der Hohe Kommissar erörterte auch die besondere Frage der religiösen Minderheit in Thrakien und die Lage der in der Türkei lebenden Griechen.

### **3.9 Kasachstan**

Am 8. und 9. Dezember 1996 führte der Hohe Kommissar den Vorsitz bei einem Runden Tisch zum Thema Kasachstan, der auf Einladung der schweizerischen Regierung in Locarno (Schweiz) stattfand. Am Runden Tisch unter dem Titel „Kasachstan: Aufbau einer multikulturellen und multiethnischen Gesellschaft an der Schwelle zum XXI. Jahrhundert“ nahmen hochrangige Vertreter der kasachischen Präsidentschaftskanzlei, des Parlaments, des Ministerkabinetts und verschiedener Ministerien und Regierungsstellen teil. Der Teilnehmerkreis umfaßte außerdem Vertreter von Gebietskörperschaften, der Völkerversammlung Kasachstans (APK), Führer regionaler APK-Versammlungen, Vertreter nationaler Kulturzentren und öffentlicher Vereinigungen sowie eine Reihe internationaler Sachverständiger. Der Runde Tisch konzentrierte sich im wesentlichen auf die Frage der Beziehungen zwischen den Volksgruppen in Kasachstan und erwog Mittel und Wege zur weiteren Verbesserung der Lage auf diesem Gebiet.

Vom 3. bis 5. Juni begab sich der Hohe Kommissar nach Almaty, um sich über den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen den Volksgruppen in Kasachstan zu informieren. Neben anderen Themen wurde der Aufbau eines an die APK angeschlossenen Forschungs- und Informationszentrums erörtert, das bei der Durchführung von Erhebungen und Meinungsumfragen bei den verschiedenen Volksgruppen in Kasachstan mithelfen könnte, sich ein besseres Bild von den Einstellungen und Problemen in diesem Bereich zu verschaffen. Der Hohe Kommissar erörterte ferner die Möglichkeit, über die in Den Haag ansässige Stiftung für interethnische Beziehungen bei der Veranstaltung von Schulungskursen über internationale Minderheitenstandards für stellvertretende Gouverneure, die für die Beziehungen zwischen den Volksgruppen in den einzelnen Bezirken (*oblast*) des Landes zuständig sind, Hilfestellung zu bieten. Der Hohe Kommissar traf auch mit Vertretern verschiedener Minderheitengruppierungen zusammen.

### **3.10 Kirgisistan**

Vom 6. bis 8. Juni besuchte der Hohe Kommissar Kirgisistan, wo er mit Mitgliedern der Regierung zusammentraf und einen Workshop über Toleranz zwischen Volksgruppen in der Region Oš besuchte; dieser Workshop war von der Völkerversammlung von Kirgisistan mit Hilfe der Stiftung für interethnische Beziehungen und mit Finanzierung durch die niederländische Regierung veranstaltet worden. Bei getrennten Treffen wurde der Hohe Kommissar über den jüngsten Stand des Forschungs- und Überwachungsprojekts in der südlichen Region des Landes unterrichtet, das von Experten des Friedensforschungsinstituts in Bischkek durch-

geführt wird. Neben anderen Projekten wurde auch die Idee erörtert, für die in ihrem jeweiligen Bezirk für die Beziehungen zwischen den Volksgruppen verantwortlichen stellvertretenden Gouverneure Schulungskurse über Minderheitenstandards abzuhalten.

### **3.11 Ukraine**

Vom 18. bis 21. Dezember 1996 begab sich der Hohe Kommissar zu einem Besuch in die Ukraine, um sich im Zuge von Gesprächen in Kiew und Simferopol eingehend über den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen den Volksgruppen in der Ukraine und insbesondere auf der Krim zu informieren. Seine Gespräche boten ihm die Möglichkeit, die jüngsten Bemühungen zur Bewältigung der noch ungelösten Auffassungsunterschiede zwischen Kiew und Simferopol in Verfassungsfragen kennenzulernen. Vom 11. bis 14. Mai 1997 besuchte der Hohe Kommissar erneut die Ukraine, um die Lage der Krimtataren, beziehungsweise die Beschaffung von Wohnraum für Angehörige dieser Gemeinschaft und andere Deportierte zu erörtern, die in die Autonome Republik Krim (ARC) repatriert wurden. Er wurde vom Außenminister über die Bemühungen der ukrainischen Regierung in dieser Hinsicht unterrichtet, der auch hervorhob, wie wichtig für die Lösung des Problems die finanzielle Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft sei. Ein weiterer Punkt der Erörterungen war die Entwicklung der Beziehungen der Ukraine zu ihren Nachbarn Rumänien und Moldau.

### **3.12 Rumänien**

Vom 1. bis 3. April 1997 reiste der Hohe Kommissar zu einem Besuch nach Rumänien, wo er mit dem Ministerpräsidenten und Mitgliedern der neuen Regierung zusammentraf, die ihn über das umfangreiche Reformprogramm und insbesondere die Aufnahme von Minderheitenvertretern in die Regierung informierten. Der Hohe Kommissar begrüßte diese Entwicklung als einen Schritt in Richtung einer stufenweisen Aufgabe des Prinzips der Volkszugehörigkeit zugunsten des Bürgerprinzips, was als eindeutiges Zeichen einer demokratischen Gesellschaft zu werten sei. Des weiteren wurde er über die derzeit in Ausarbeitung stehenden Novellen zum Unterrichtsgesetz informiert. Erörtert wurden ferner der Gebrauch von Minderheitensprachen im Unterricht an Universitäten, die Möglichkeiten einer Rückkehr der nach 1989 ausgewanderten Angehörigen der deutschen Volksgruppe, die Rückgabe des ehemaligen Eigentums religiöser Gemeinschaften sowie Bildungs- und soziale Fragen, vor allem die Roma-Minderheit betreffend.

### **3.13 Seminar über Schulunterricht für Minderheiten**

Am 22. und 23. November 1996 führte der Hohe Kommissar den Vorsitz bei einem von der Stiftung für interethnische Beziehungen veranstalteten Seminar über Schulunterricht für Minderheiten. Das Seminar fand in Wien statt und versammelte die Bildungsminister aus Albanien, Kirgisistan, Litauen und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie Regierungsvertreter aus Estland, Kanada, Kasachstan, Kroatien, Lettland, Rumänien, der Russischen Föderation, der Slowakischen Republik und der Ukraine um einen Tisch. Vertreter verschiedener nationaler Minderheiten nahmen ebenfalls an dem Treffen teil. Ausgehend von den Empfehlungen von Den Haag über die Rechte nationaler Minderheiten auf Ausbildung (die von einer Gruppe unabhängiger Fachleute ausgearbeitet worden waren) befaßte sich das Seminar mit folgenden konkreten Themen: Schulunterricht für Minderheiten im Grundschul- und Sekundarbereich, Unterricht für Minderheiten an Berufsschulen, Unter-

richt für Minderheiten auf Hochschulebene und in öffentlichen und privaten Einrichtungen sowie die Entwicklung von Lehrplänen.

### **3.14 Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für Kosovo**

Vom 8. bis 12. Oktober 1997 fanden in Dürnstein, Österreich, Konsultationen zwischen dem Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Kosovo, Herrn Max van der Stoel, serbischen Fachleuten aus Belgrad und albanischen Fachleuten und Politikern aus Kosovo statt. Die Konsultationen waren als informelles und vertrauliches Forum gedacht. Die Gespräche mit den Teilnehmern aus Belgrad und Priština fanden getrennt statt.

Bei den Erörterungen wurde ein breites Fragenspektrum behandelt, unter anderem die Zunahme der Spannungen in Kosovo und die Möglichkeiten für eine Vereinbarung über vertrauensbildende Maßnahmen, die einer endgültigen Lösung des Kosovo-Problems den Weg bereiten könnten. Darüber hinaus wurden verschiedene Alternativen für den künftigen Status von Kosovo geprüft.

## **4. Die menschliche Dimension: Aktivitäten des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)**

1997 war ein Jahr des Wandels und der Herausforderungen für das BDIMR. Es wurde ein neues Konzept erstellt, gefolgt von der Schaffung neuer Strukturen, die eine beträchtliche Erhöhung des Personalstandes mit sich brachte. Im wesentlichen war das Büro jedoch vor Ort aktiv. Im vergangenen Jahr war die größte Herausforderung für das BDIMR die Unterstützung und Beobachtung der eminent wichtigen Parlamentswahlen in Albanien im Juni und Juli unter äußerst schwierigen Bedingungen. Das Büro setzte sich ferner verstärkt für die Förderung demokratischer Strukturen und der Menschenrechte ein. In diesem Zusammenhang war einer der wichtigsten Erfolge die Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding* mit der Regierung Usbekistans im Oktober. Im Einklang mit seinem Mandat betreffend die Umsetzung von Verpflichtungen unterstützte das Büro das Treffen zur Überprüfung der OSZE-Verpflichtungen zur menschlichen Dimension, das im November in Warschau stattfand. Bei diesem Treffen wurden neue Vorstellungen darüber entwickelt, wie die Prüfung der Durchführung dieser Verpflichtungen durch die OSZE wirksamer gestaltet werden kann.

Dank dieser neuen Entwicklungen konnten die operativen Fähigkeiten des Büros gesteigert und damit die Grundlage für noch intensivere Bemühungen im kommenden Jahr geschaffen werden. 1998 werden mehrere wichtige Urnengänge stattfinden. Außerdem ist die Weiterentwicklung von Projekten zum Demokratieaufbau in verschiedenen Regionen, einschließlich Kaukasus und Zentralasien, geplant.

### **4.1 Umstrukturierung des BDIMR**

Der Direktor legte nach seiner Ernennung ein Konzept über die künftige Tätigkeit des BDIMR vor, das einen Plan zur Umwandlung des BDIMR in ein operatives Instrument der OSZE enthielt. Laut diesem Plan, der vom Ständigen Rat positiv aufgenommen wurde, soll das BDIMR innerhalb seines weitgefaßten Mandats konkrete Schwerpunkte setzen, sich stärker auf operative Aktivitäten konzentrieren und Mitarbeiterstab und Struktur entsprechend anpassen. Diese Schwerpunkte beziehen sich auf drei Bereiche: die Förderung von Wahlen,

die im Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen abgehalten werden, die Förderung einer Zivilgesellschaft und demokratischer Institutionen und eine praktische Beteiligung an der Überwachung der Durchführung der OSZE-Verpflichtungen zur menschlichen Dimension.

Der Vorschlag in bezug auf eine neue Organisationsstruktur für das BDIMR wurde weitgehend umgesetzt. Die vorhandenen BDIMR-Einheiten wurden in zwei Abteilungen, Wahlen und Menschliche Dimension, zusammengefaßt, und es wurde der Posten eines Stellvertretenden Direktors geschaffen. Durch die Aufteilung der Bereiche Administration und Finanzen auf zwei ranghohe Mitarbeiter war das BDIMR in der Lage, seine Arbeit enger mit dem Amtierenden Vorsitzenden, dem Ständigen Rat, den OSZE-Institutionen und anderen internationalen Gremien und Beratern abzustimmen. Die Stärkung des Büros wird leichter zu verwirklichen sein, sobald der Gaststaat geeignetere Büroräume zur Verfügung stellt.

## **4.2 Wahlen**

Nachdem in den letzten Jahren immer häufiger Wahlbeobachtermissionen zur Wahlüberwachung entsandt wurden, hat sich mehr und mehr gezeigt, daß eine informierte Beurteilung eines Wahlprozesses sich nicht nur auf die Beobachtungen am Wahltag selbst stützen kann. Ein Wahlprozeß ist keine eintägige Veranstaltung. Seit dem Gipfeltreffen von Budapest im Dezember 1994 ist das Mandat des Büros umfangreicher und auf die langfristige Beobachtung des gesamten Wahlprozesses ausgerichtet. Um das zu ermöglichen, hat das BDIMR seinen Aktivitäten eine neue Richtung gegeben. Diese umfassendere Vorgehensweise wurde 1997 bei mehreren Wahlen erfolgreich angewandt: in Kroatien (13. April), Bulgarien (19. April), erneut Kroatien (15. Juni), Albanien (29. Juni - 6. Juli), Bosnien und Herzegowina (13. und 14. September), Republik Serbien - Bundesrepublik Jugoslawien (21. September - 5. Oktober), Republik Srpska - Bosnien und Herzegowina (22. und 23. November) und Montenegro - Bundesrepublik Jugoslawien (5. - 19. Oktober). Das BDIMR organisierte außerdem eine Mission zur technischen Beurteilung - eine Mission zur Wahlüberwachung in kleinerem Maßstab, die sich hauptsächlich mit Fragen der Wahlorganisation befaßt, - für die Wiederholung der Präsidentschaftswahlen in der Republik Serbien, die am 7. Dezember stattfinden sollen.

Die Wahlen in Albanien waren angesichts der im Land herrschenden Verhältnisse und in Anbetracht dessen, daß sie im Rahmen einer grundsätzlichen Konfliktlösung stattfanden, eine besondere Herausforderung für die OSZE und das BDIMR. Das BDIMR entsandte eine außerordentlich große Wahlbeobachtungsmision, zusätzlich zu einer kompakten Technischen Beratungsgruppe (TAG), die den Auftrag hatte, die albanischen Behörden in praktischen Fragen der Wahlorganisation (Wählereintragung, das Wahlgesetz und seine Durchführung, die Medien, Wählerinformation) zu beraten und im Rahmen des Mandats der OSZE-Präsenz in Albanien Hilfestellung zu leisten.

Alle Wahlbeobachtungsmissionen im Jahr 1997 bezogen sich in ihren Beobachtungsberichten auf den gesamten Wahlprozeß unter Berücksichtigung der verschiedenen Phasen des Wahlablaufs, wie die Durchführung des Wahlgesetzes und der Wahlordnung, die Wirksamkeit und Unparteilichkeit der Vorkehrungen vor dem eigentlichen Wahlgang, die Unabhängigkeit der Medien, die Art des Wahlkampfes und des politischen Umfelds in der Zeit bis zum Wahltag, der Wahltag selbst, die Auszählung der Stimmen, die Bekanntgabe der Ergebnisse sowie die Behandlung von Anfechtungen und Beschwerden. Langzeit-Beobachter



sind für die Vorwahlphase zuständig und geben den Kurzzeit-Beobachtern damit die Möglichkeit, ihre Beobachtungen am Wahltag in einen Gesamtzusammenhang zu bringen.

Die Abwicklung und Beobachtung von Wahlen war Thema eines BDIMR-Seminars zur menschlichen Dimension vom 8. bis 11. April 1997, an dem Vertreter aus 45 Teilnehmerstaaten und aus Ägypten als Kooperationspartner im Mittelmeerraum sowie von vier internationalen Organisationen teilnahmen. Auf dem Seminar bestand ein weitgehender Konsens bezüglich des vom BDIMR gewählten Konzepts eines längeren Beobachtungszeitraums und der Standardmethoden, wie sie im OSZE/BDIMR-Handbuch für Wahlbeobachtung aufgeführt sind. Es wurde empfohlen, dem BDIMR drei Monate vor dem Wahltermin eine Einladung zur Wahlbeobachtung zugehen zu lassen, und die Teilnehmerstaaten wurden dazu ermutigt, bei der Durchführung der Empfehlungen die Hilfe des BDIMR in Anspruch zu nehmen. Ein weiteres Anliegen war die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen Vertretern der verschiedenen vor Ort tätigen internationalen Organisationen.

Seinem Mandat entsprechend ist das BDIMR nun in der Lage, einen Rahmen für Zusammenarbeit zu bieten, in den auch Wahlbeobachter anderer internationaler Organisationen, etwa des Europarats und des Europäischen Parlaments und einschlägiger nicht-staatlicher Organisationen, auf Wunsch eingebunden werden können. Das BDIMR bietet allen internationalen Beobachtern am Beginn eine gemeinsame Unterweisung, einen Einsatzplan, Formulare für den Beobachtungsbericht oder Checklisten für statistische Erhebungen und ein Forum für die Nachbesprechung und Berichterstattung. Das am 9. September zwischen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und dem BDIMR geschlossene Kooperationsabkommen schafft einen Rahmen für gemeinsame Beobachtungsmissionen und eine gemeinsame Erklärung nach dem Abschluß der Wahlen. Dieser politisch bedeutsame Schritt ist insofern wichtig, als die OSZE von nun an mit einer Stimme sprechen wird und die gemeinsamen Empfehlungen der Beobachtungsmissionen durch die Unterstützung der Parlamentarischen Versammlung noch mehr Gewicht erhalten.

Die Wahlbeobachtungsmissionen sind Teil der normalen Unterstützung, die das BDIMR Ländern beim Aufbau demokratischer Institutionen im Einklang mit vereinbarten OSZE-Verpflichtungen anbietet. Kritische Schlußberichte der Missionen sind nicht als Verurteilung, sondern als ausgewogene Beurteilung des gesamten Wahlprozesses gedacht, die auch Empfehlungen für Reformen enthält. Den Teilnehmerstaaten wird nahegelegt, bei der Umsetzung von Empfehlungen aus dem Schlußbericht einer BDIMR-Wahlbeobachtungsmission die Hilfestellung des BDIMR in Anspruch zu nehmen.

Durch die Umstrukturierung des BDIMR ist die Abteilung Wahlen nun in der Lage, erweiterte Programme für technische Unterstützung anzubieten, wie dies bereits in Albanien (Programm zur Wählereintragung) und in Montenegro (Überprüfung des Wahlgesetzes) geschehen ist. Für Zentralasien wird außerdem eine langfristige Strategie für technische Unterstützung entwickelt. Diese Missionen können dazu eingesetzt werden, Maßnahmen im Anschluß an BDIMR-Empfehlungen oder Hilfestellung auf sehr lange Sicht bei der Vorbereitung von Wahlen zu leisten.

### **4.3 Menschliche Dimension/Demokratieaufbau**

Im Bereich der menschlichen Dimension/des Demokratieaufbaus hat das BDIMR damit begonnen, formale und integrierte Arbeitspläne zu erstellen. Die in diesem Rahmen

konzipierten Projekte konzentrieren sich auf praktische Fragen. Als Beispiel dafür sei das am 16. Oktober mit der Regierung Usbekistans unterzeichnete *Memorandum of Understanding* angeführt, das die Verpflichtung zur Durchführung mehrerer Projekte im Bereich der Demokratisierung und der Menschenrechte enthält. Ähnliche BDIMR-Projekte sind für andere zentralasiatische Staaten geplant. Außerdem wurden Vorschläge für Armenien, Aserbaidschan und Georgien ausgearbeitet, die auf die spezifischen Probleme dieser Länder beim Demokratieaufbau eingehen.

Die Aktivitäten der Abteilung für Rechtsstaatlichkeit im Jahre 1997 lassen sich mit drei Schlagworten zusammenfassen: Expertenmissionen zur Beurteilung und Überprüfung, technische Hilfsprojekte und Sonderinitiativen. Missionen von Rechtsexperten zur Beurteilung und Überprüfung wurden nach Albanien, Armenien, Belarus, Kroatien, Moldau, in die Ukraine und nach Usbekistan zur Unterstützung der OSZE-Einsätze in diesen Ländern entsandt. Jede Mission hatte ihr eigenes Mandat und erstellte einen Bericht zur Unterstützung der Aktivitäten des Amtierenden Vorsitzenden und zur Vorbereitung weiterführender BDIMR-Hilfsprojekte. Auch eine Reihe von Teilnehmerstaaten erhielt technische Unterstützung, unter ihnen Albanien, Armenien, Georgien, Kroatien, Moldau, die Russische Föderation, die Ukraine und Usbekistan, und zwar in sehr unterschiedlichen Bereichen, wie Fachanalyse und -unterstützung bei der Ausarbeitung von Gesetzen, praktisches Managementtraining für Verfassungsgerichte und mehrteilige Schulungsprojekte für Strafvollziehungsbeamte. Gemeinsam mit dem Friedensinstitut der Vereinigten Staaten und dem Europarat veranstaltete die Abteilung einen Runden Tisch über Gerechtigkeit und Aussöhnung in Bosnien und Herzegowina, dessen Ziel es war, eine Reihe von Empfehlungen als Beitrag zur nationalen Aussöhnung auszuarbeiten.

Die Abteilung für die menschliche Dimension unterstützte mehrere Teilnehmerstaaten bei der Schaffung nationaler Gremien zum Schutz der Menschenrechte (Ombudsmann-Einrichtungen). In dieser Hinsicht stellte das BDIMR ausgezeichnete Arbeitsbeziehungen mit den usbekischen, kirgisischen, georgischen, polnischen und albanischen Behörden her; Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit mehreren anderen Ländern werden geprüft. In enger Zusammenarbeit mit dem Europarat, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen trat das BDIMR als Mitveranstalter beziehungsweise Teilnehmer an internationalen/regionalen Konsultationen in diesem Bereich auf.

Die Empfehlung des OSZE/BDIMR-Seminars von 1996 über verfassungsmäßige, rechtliche und administrative Aspekte der Religionsfreiheit, insbesondere für die Einrichtung einer Expertengruppe durch das BDIMR zur Behandlung dieser Frage, wurde 1997 umgesetzt. Die Arbeit dieser Gruppe kam zur richtigen Zeit, war fachlich kompetent (siehe die einzelnen Beiträge der Experten und ihren gemeinsamen Bericht), einzigartig (keine andere zwischenstaatliche Organisation hat sich so umfassend mit dem Thema auseinandergesetzt) und engagiert (die Arbeit war ehrenamtlich). Die Frage der Religionsfreiheit ist noch immer sehr wichtig, man betrachte nur das Konfliktpotential, das sie innerhalb und zwischen einer Reihe von Teilnehmerstaaten darstellt.

#### **4.4 Ausbildung/Schulung in der menschlichen Dimension**

Die Ausbildung/Schulung in der menschlichen Dimension ist einer der Kernpunkte im Mandat des BDIMR. Neben NGO-spezifischen Projekten, Ausbildungsprojekten von OSZE-Missionen und den alle zwei Jahre stattfindenden OSZE-Seminaren zur menschlichen

Dimension führt das BDIMR immer häufiger Ausbildungsprojekte zum Thema Menschenrechte durch. Es fanden regionale und subregionale Workshops statt. Im Rahmen der Ausbildung in der menschlichen Dimension wurden im abgelaufenen Jahr zahlreiche Schulungsveranstaltungen abgehalten, etwa fachspezifische Projekte für die Medien, Lehrer, NGOs, Ombudsleute, Vertreter der Rechtsberufe, Vertreter von Flüchtlingen beziehungsweise Roma u.a. Bei vielen seiner Ausbildungsaktivitäten arbeitete das BDIMR mit Organisationen der Vereinten Nationen, dem Europarat, internationalen und lokalen NGOs und nationalen Menschenrechtsinstitutionen und -instituten zusammen. Dank eines dänischen Sonderbeitrags führt das BDIMR derzeit in den fünf zentralasiatischen Ländern ein dreiteiliges Schulungsprogramm für Menschenrechte durch.

Zur Förderung der Einbeziehung der Frauen in die Gesellschaft hielt die OSZE über das BDIMR ein Seminar zur menschlichen Dimension ab (14. bis 17. Oktober 1997). Dieses Seminar appellierte in seinen Empfehlungen an die Teilnehmerstaaten, sich stärker um die Förderung der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern auf allen Ebenen - Besetzung von Posten, Aktivitäten, Projekte - zu bemühen. Das BDIMR plant für 1998 regionale Konsultationen zu diesem Thema in Taschkent.

1997 nahm die NGO-Abteilung eine Reihe neuer Aktivitäten in Angriff, um die Zusammenarbeit zwischen nationalen und internationalen NGOs zu verstärken und um die Entwicklung eines Beratungsmechanismus zwischen nichtstaatlichen und staatlichen Gremien anzuregen. Im Herbst 1997 begannen zwei derartige Programme in Albanien beziehungsweise Usbekistan. In Albanien kam es zu zwei Tagungen des NGO-Netzes, einmal in Form eines örtlichen Treffens in Tirana, auf das ein größeres, landesweites Treffen unter Beteiligung regionaler NGO-Vertreter folgte. Auf letzterem wurde eine schwerpunktmäßig gegliederte Übersicht zu Fragen, Problemen und Lösungsempfehlungen zusammengestellt und der albanischen Regierung sowie der vom Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Dr. Vranitzky, eingesetzten Arbeitsgruppe zugeleitet. In Usbekistan begann die NGO-Abteilung in Zusammenarbeit mit dem nationalen Menschenrechtszentrum und dem OSZE-Verbindungsbüro in Zentralasien mit der Durchführung einer Reihe von Zusammenkünften zwischen NGOs und Regierungsbeamten, was ein absolutes Novum darstellt. Jedes dieser Treffen ist konkreten aktuellen Fragen der Menschenrechte gewidmet. Gleichzeitig hat die Abteilung mit der Umstrukturierung der NGO-Datenbank begonnen, um ihre Nutzung durch BDIMR-Abteilungen, die NGOs und die Teilnehmerstaaten zu erleichtern, sowie mit der Verstärkung ihrer Vorfeldaktivitäten und der Erleichterung der Einbindung der NGOs in die tagtägliche Arbeit der OSZE-Institutionen.

Die Aktivitäten des BDIMR im Migrationsbereich konzentrierten sich auf Maßnahmen im Gefolge der GUS-Migrationskonferenz. Ihr Hauptziel ist es, die kürzlich aufgenommenen Teilnehmerstaaten der OSZE bei der Einhaltung ihrer OSZE-Verpflichtungen in den Bereichen zu unterstützen, die unmittelbar mit der Vertriebenenproblematik in Zusammenhang stehen. Es wurde ein Projekt entwickelt, anhand dessen in den GUS-Staaten der Übergang vom System der Meldepflicht in Form einer Paßeintragung (*propiska*) zu einem Wohnsitz-Meldesystem geprüft werden soll, das den OSZE-Verpflichtungen und den internationalen Standards der Freizügigkeit entspricht.

Ferner arbeitete das BDIMR in Migrationsfragen eng mit den OSZE-Langzeitmissionen zusammen. In Georgien etwa bemüht sich das BDIMR gemeinsam mit der OSZE-Mission, der georgischen Regierung und einschlägigen internationalen Organisationen um die Lösung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Rückkehr von im Gefolge des

georgisch-südossetischen Konflikts Vertriebenen. Für 1998 plant das BDIMR, durch eine Schulung der zuständigen Beamten und durch Projekte zur Hebung der Toleranz in den Rückkehrgebieten Hilfestellung bei der Rückkehr Vertriebener zu leisten.

Abgesehen von der verstärkten Zusammenarbeit mit den OSZE-Missionen arbeitet das BDIMR auch enger mit interessierten Teilnehmerstaaten und anderen OSZE-Institutionen zusammen. So wurden etwa die Kontakte mit internationalen Organisationen ausgeweitet, um Ressourcen gemeinsam zu nutzen und gegenseitig verstärkende Programme zu entwickeln. Derzeit sind gemeinsame Projekte in Albanien, Armenien, Georgien, Aserbaidschan und in den Zentralasiatischen Ländern im Gange.

#### **4.5 Umsetzung von Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension**

Nach wie vor befaßt sich das BDIMR mit der Sammlung und Verbreitung von Fakten, Zahlen und Stellungnahmen zum Stand der Durchführung im Bereich der menschlichen Dimension. Es nimmt wie bisher seine Frühwarnfunktion wahr, indem es den Amtierenden Vorsitzenden über Fälle informiert, in denen der Verdacht besteht, daß Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension nicht umgesetzt werden. Das BDIMR ist bereit, als beratendes Organ des Ständigen Rates und des Amtierenden Vorsitzenden stärker in Erscheinung zu treten, wenn dies gewünscht wird. Es dient auch weiterhin als Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti.

In Ausübung seines Auftrags, an der Überprüfung der Umsetzung von Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension mitzuwirken, stellte das BDIMR dem Implementierungstreffen der OSZE zu Fragen der menschlichen Dimension Material und organisatorische Unterstützung zur Verfügung. Dieses Treffen, das im November in Warschau stattfand, gab den Teilnehmerstaaten, NGOs und internationalen Organisationen Gelegenheit zu einer eingehenden Überprüfung der Umsetzung aller OSZE-Verpflichtungen in diesem Bereich. Es wurden Vorschläge zur Verbesserung des künftigen Überprüfungsprozesses gemacht. Nun liegt es beim Amtierenden Vorsitzenden und den Teilnehmerstaaten, eine Formel zu finden, die eine wirksamere und zielgerichtete Überprüfung der Durchführung ermöglicht.

#### **4.6 Zusammenfassung**

Die größte Herausforderung an das BDIMR wird in den kommenden Jahren darin bestehen, wie es seine Aufgaben im Bereich der Wahlhilfe und der Förderung der menschlichen Dimension in praktische Aktivitäten umsetzt. Dazu wird eine stärker projektorientierte Vorgehensweise nötig sein, die eine neue Einstellung sowohl seitens des BDIMR und seiner Mitarbeiter als auch seitens der gesamten OSZE-Gemeinde erforderlich macht. Das Ziel ist es, aus dem BDIMR ein flexibles Instrument der menschlichen Dimension zu machen, das der OSZE und ihren Teilnehmerstaaten ständig zur Verfügung steht und damit dazu beiträgt, die menschliche Dimension der OSZE in all ihren Aspekten zu festigen und zu stärken.

Das BDIMR hat mit einer Kombination struktureller, administrativer und inhaltlicher Änderungen im letzten Jahr begonnen, sich relativ rasch in ein flexibles, integriertes und voll einsatzfähiges Instrument der OSZE umzuwandeln. Es ist nun gut dafür gerüstet, die Teilnehmerstaaten bei der Konsolidierung und Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus der menschlichen Dimension noch besser zu unterstützen.

## **5. Sicherheitskooperation**

### **5.1 Jährliches Treffen zur Beurteilung der Durchführung**

Das siebte Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (JTBD 97) des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) fand vom 3. bis 5. März 1997 in Wien statt. Die Teilnahme zahlreicher Experten aus den Hauptstädten sowie die Erörterung von Vorschlägen zur Verbesserung des bestehenden Wiener Dokuments 1994 und anderer FSK-Vereinbarungen waren ein Beweis dafür, wie wichtig dieses Treffen für die Beurteilung der Durchführung und die Erörterung der Weiterentwicklung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen ist.

Bis 19. November 1997 wurden folgende Beschlüsse zur Verbesserung/Weiterentwicklung bestehender VSBM gefaßt:

- Es wurde vereinbart, Evaluierungsbesuche durch multinationale Evaluierungsteams durchzuführen zu lassen.
- Die Bestimmungen betreffend höhere Gewalt als Verhinderungsgrund bei der Erfüllung von Verpflichtungen wurden näher definiert.
- Es wurde ein einheitliches Format für Null-Berichte erstellt.

### **5.2 Verhaltenskodex**

Die erste Folgekonferenz zum Verhaltenskodex der OSZE über politisch-militärische Aspekte der Sicherheit fand vom 22. bis 24. September 1997 in Wien statt. Die Teilnahme hochrangiger Persönlichkeiten aus den Hauptstädten sind ein Beweis für die Bedeutung des Dokuments selbst und des ersten Treffens zur Überprüfung des Verhaltenskodex. Die Konferenz verdankte ihren Erfolg einem ausgesprochen intensiven Informationsaustausch über die Fortschritte bei der Umsetzung sowie zahlreichen Vorschlägen, wie die Durchführung und die Weiterentwicklung des Dokuments verbessert werden können. Sämtliche Anregungen werden vom FSK aufgegriffen werden. Es finden bereits erste Diskussionen darüber statt, einen Fragebogen zum Kodex als Grundlage für einen regelmäßigen Informationsaustausch heranzuziehen, und man erwartet in naher Zukunft den Beschluß über zukünftige Treffen zur Beurteilung und über eine ständige Kontaktstelle.

Die Delegationen schlugen vor, daß das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) die Durchführung des Kodex durch die Veranstaltung und Durchführung zusätzlicher Schulungsseminare für Ausbildner unterstützen sollte. Auf Ersuchen der Teilnehmerstaaten hielt das KVZ im September 1997 zwei Seminare (Chinisau in Moldau und Kiew in der Ukraine) zur Durchführung des Verhaltenskodex ab.

### **5.3 Weltweiter Austausch militärischer Information**

Nach einem Workshop über automatisierten Datenaustausch zwischen einer wachsenden Zahl von Teilnehmern wurde am 30. April 1997 der weltweite Austausch militärischer Information erfolgreich durchgeführt.

## **5.4 Sonstige Aktivitäten**

Das FSK führte unter anderem folgende weitere Aktivitäten durch:

Im Hinblick auf die Konferenz von Ottawa über das Verbot von Antipersonenminen beschloß das FSK einen Fragebogen, der als Grundlage für einen jährlichen Informationsaustausch zu diesem Thema herangezogen werden soll.

Es hat beschlossen, vom 26. bis 28. Januar 1998 in Wien ein drittes Seminar über Verteidigungspolitik und Militärdoktrinen abzuhalten.

Die erste Überprüfung des Wiener Dokuments 1994 ist abgeschlossen. Der Bericht des Vorsitzenden des FSK über die Überprüfung wird dem Ministerrat in Kopenhagen zugeleitet.

Die Arbeitsgruppe A widmete eine Sitzung pro Monat ausschließlich der Erörterung von Durchführungsfragen (basierend auf schriftlichen und mündlichen Berichten des KVZ).

Bisher haben Teilnehmerstaaten mit folgenden praktischen Maßnahmen einen Beitrag zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung geleistet:

- 3 Besuche von Militärflugplätzen
- 68 Überprüfungsbesuche
- 32 Inspektionen
- 2 Vorführungen neuer Typen von Hauptwaffensystemen und Großgerät
- 3 Besuche bei militärischen Einrichtungen

## **6. Sonstige Aktivitäten**

### **6.1. Integration kürzlich aufgenommener Teilnehmerstaaten**

Die OSZE setzte ihre Unterstützung für die kürzlich aufgenommenen Teilnehmerstaaten (RAPS) mittels Bildungs- und Ausbildungsaktivitäten der OSZE-Institutionen fort, insbesondere in den Bereichen Demokratieaufbau und Rechtsstaatlichkeit. Wie schon in der Vergangenheit erwies sich der Freiwillige Fonds zur Förderung der Integration kürzlich aufgenommener Teilnehmerstaaten erneut als wirksames Instrument der OSZE. Durch Beiträge einiger Teilnehmerstaaten wurde mehreren RAPS-Vertretern die Teilnahme an OSZE/BDIMR-Seminaren und sonstigen Aktivitäten ermöglicht.

Besonderes Augenmerk galt den zentralasiatischen Staaten. Die OSZE intensivierte merklich ihre Bemühungen, diese Länder beim Übergang zu Demokratie und Marktreformen zu unterstützen, indem sie ihnen bei der Entwicklung demokratischer Strukturen, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit zur Seite stand, um in der Region die Stabilität aufrechtzuerhalten und Konflikte zu verhindern. Um zu ermitteln, wie diese Ziele am besten verwirklicht werden können, besuchten einige der ranghöchsten OSZE-Beamten, darunter der

Amtierende Vorsitzende, der Generalsekretär und der Direktor des BDIMR, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan, wo sie mit den Staatspräsidenten und anderen Regierungsvertretern zusammentrafen.

Die wichtigste Botschaft, die die OSZE-Beamten ihren Gesprächspartnern vermittelten, lautete, daß Zentralasien fester Bestandteil der OSZE-Gemeinde ist, und daß der Beitrag dieser Länder große Anerkennung findet. Sie unterstrichen die Bereitschaft der OSZE, den zentralasiatischen Staaten bei der Entwicklung ihrer demokratischen Institutionen und der menschlichen Dimension sowie bei der Festigung ihrer Stabilität im allgemeinen zu helfen. Die OSZE bot außerdem an, der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Mitgliedstaaten einen Anstoß zu geben, da es sich dabei um ein wichtiges Element der Bemühungen zur Stärkung der regionalen Sicherheit handelt. Für die zentralasiatischen Staaten ihrerseits stellt die OSZE einen Vermittler von unschätzbarem Wert dar, über den sie ihren festen Platz in einem weitergefaßten Sicherheitsgefüge finden, und ein Forum, in dem sie ihre Sicherheitsanliegen einschließlich der militärischen sowie wirtschaftlichen und umweltbezogenen Aspekte einbringen können. Die OSZE ist zwar keine Wirtschaftsorganisation, bekräftigte aber erneut ihre Bereitschaft, die internationalen Finanzinstitutionen auf die Probleme Zentralasiens aufmerksam zu machen.

Die OSZE-Aktivitäten in Zentralasien verlagern sich derzeit in Richtung praxisorientierter Projekte. Im Mai wurde in Taschkent unter der Schirmherrschaft des BDIMR ein Kurs über die philosophischen und rechtlichen Grundlagen des Menschenrechtskonzepts veranstaltet. Der Teilnehmerkreis dieses Kurses, der erste seiner Art, der von einer internationalen Organisation in Usbekistan organisiert wurde, bestand unter anderem aus Personen, die von mit der Umsetzung der Menschenrechte befaßten Ministerien und Regierungsstellen entsandt wurden, Menschenrechts-NGOs und Wissenschaftlern aus dem Bereich der Menschenrechte. Andere zentralasiatische Staaten haben von offizieller Seite um Abhaltung dieses Kurses auch in ihren Ländern ersucht.

Die Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding* zwischen der Regierung Usbekistans und dem BDIMR im Oktober über die Durchführung einer Reihe von Projekten in den Bereichen der Demokratisierung und Menschenrechte in Usbekistan ist ein weiteres Beispiel für dieses praxisorientierte Vorgehen. Ähnliche Projekte zu konkreten Fragen sind auch für die anderen zentralasiatischen Staaten geplant.

Das OSZE-Verbindungsbüro in Zentralasien (CAO) spielte weiterhin eine wichtige Rolle bei der stärkeren Einbindung der zentralasiatischen Teilnehmerstaaten in die OSZE. Es half bei der Organisation der Besuche von OSZE-Delegationen in der Region sowie bei der Veranstaltung von Seminaren, Workshops und Runden Tischen. Es förderte den Informationsaustausch zwischen OSZE-Institutionen und den zentralasiatischen Teilnehmerstaaten und sorgte für Herstellung und Aufrechterhaltung von Kontakten zu örtlichen Universitäten, Forschungsinstitutionen und NGOs. Das CAO förderte darüber hinaus die Einhaltung der OSZE-Prinzipien und Verpflichtungen sowie die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Region im Rahmen der OSZE.

Im Anschluß an Erörterungen mit zentralasiatischen Amtsträgern im Verlauf der hochrangigen OSZE-Besuche im Jahr 1997 wurde ein Konzept für die zukünftigen Aktivitäten des Verbindungsbüros erarbeitet. Darin ist vorgesehen, daß in Zukunft thematisch enger gefaßte Projekte wie Schulungskurse und Workshops durchgeführt werden, die sich schwerpunktmäßig mit Fragen zur menschlichen und wirtschaftlichen Dimension befassen.

## **6.2 Die wirtschaftliche Dimension**

Das Gipfeltreffen von Lissabon forderte fortwährende Bemühungen um die Durchführung der OSZE-Verpflichtungen in der wirtschaftlichen Dimension und eine angemessene Entwicklung der OSZE-Aktivitäten mit Bezug zu sicherheitsrelevanten, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen. Es beauftragte den Ständigen Rat „die Rolle des OSZE-Sekretariats in Fragen der wirtschaftlichen Dimension einer Prüfung zu unterziehen und ein Mandat für einen Koordinator innerhalb des OSZE-Sekretariats für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE auszuarbeiten, das spätestens auf dem Treffen des Ministerrats 1997 vorzulegen ist“. Während des Überprüfungsprozesses versorgte die Abteilung für Allgemeine Angelegenheiten die Teilnehmerstaaten mit Informationen und Unterlagen über ihre Tätigkeit im wirtschaftlichen Bereich. Das Mandat des Koordinators wurde vom Ständigen Rat mit Beschluß Nr. 194 vom 5. November 1997 verabschiedet.

Das Fünfte Treffen des Wirtschaftsforums fand vom 11. bis 13. Juni in Prag statt. Es stand unter dem Motto „Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit“. Die Diskussion konzentrierte sich auf zwei wesentliche Aspekte der Rechtsstaatlichkeit in Wirtschaftsangelegenheiten, nämlich den Zusammenhang zwischen Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Entwicklung und ihre Auswirkung für Sicherheit und Stabilität. Neben Vertretern der OSZE-Teilnehmerstaaten umfaßte der Teilnehmerkreis Vertreter der Kooperationspartner, der Kooperationspartner im Mittelmeerraum, von NGOs und aus wissenschaftlichen Kreisen. Im Rahmen des Forums lud der Amtierende Vorsitzende die Delegationsleiter internationaler Organisationen zu einem Arbeitsessen, bei dem der Generalsekretär eine Rede hielt. Auf dem Forum wurde ferner die Liste der Seminare für 1997/98 und der Termin für das Sechste Treffen festgelegt, das demnach vom 3. bis 5. Juni 1998 stattfinden wird.

In Taschkent fand vom 30. Oktober bis 1. November 1996 ein Seminar zum Thema „Förderung einer umweltverträglichen Entwicklung im Gebiet des Aralsees“ statt. Das Seminar war als Folgeveranstaltung zum Vorjahrsseminar „Wiederherstellung der Umwelt“ in Taschkent/Urgench gedacht und zur Förderung des wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmens für eine umweltverträgliche Entwicklung des Aralsees und zur Mobilisierung diesbezüglicher internationaler Aktivitäten bestimmt.

In Almaty, Kasachstan, fand vom 22. bis 24. Oktober 1997 ein Seminar zum Thema „Stabile und transparente wirtschaftliche Rechtsvorschriften für den wirtschaftlichen und sozialen Übergang“ statt. Das Seminar konzentrierte sich auf die gesetzlichen Bestimmungen, die für die Volkswirtschaften der Reformländer notwendig sind, und befaßte sich in einzelnen Sitzungen mit der Rolle der Gesetze für Wirtschaftsbeziehungen, den Gesetzen, die diese Volkswirtschaften in konkreten Bereichen brauchen, und dem zu schaffenden institutionellen Gefüge.

## **6.3 Medien und Öffentlichkeitsarbeit**

### **6.3.1 Medien**

1997 war die OSZE in den internationalen Medien sehr präsent. Die OSZE-Sprecherin unterhielt nicht nur regelmäßige Kontakte mit den Medien, sondern baute auch ihre Aktivitäten in diesem Bereich aus.



Der Bericht von Herrn Felipe González, dem Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) erhielt im Januar und Februar in den Medienberichten große Aufmerksamkeit.

Im Zusammenhang mit der Krise in Albanien und der Arbeit des Persönlichen Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden, Dr. Franz Vranitzky, schien die OSZE von März bis Juli ständig in den Medien auf.

Großes Medienecho fanden auch die Kommunalwahlen in Bosnien und Herzegowina im September und die Parlamentswahlen in der Republika Srpska im November, die beide von der OSZE überwacht wurden. Die Beobachtung der Präsidentschaftswahlen in Serbien und Montenegro durch die OSZE erntete ebenfalls großes Interesse.

In enger Zusammenarbeit mit dem dänischen Vorsitz sorgte die OSZE-Sprecherin dafür, daß die Aktivitäten der Organisation weiterhin in den Medien und der Öffentlichkeit ihren Niederschlag finden.

In den meisten Fällen berichteten die Medien positiv über OSZE-Operationen, insbesondere über die Arbeit der OSZE in Albanien.

### **6.3.2 Öffentlichkeitsarbeit**

Die Organisation legte größeren Nachdruck auf ihre Öffentlichkeitsarbeit. Die Auflage des monatlichen *OSCE Newsletter* schnellte von 1.500 auf 5.500 Exemplare empor. Die erhöhte Auflage ging Hand in Hand mit einer verbesserten Qualität. Der *Newsletter* enthält nun auch Bilder. Das Format wurde vereinheitlicht, und die Zahl der Artikel nahm zu. Als Ausgleich für die Einstellung des BDIMR-Bulletin erhielt das BDIMR mehr Platz im *Newsletter*.

Auf Ersuchen einiger Teilnehmerstaaten prüfte das Sekretariat die Möglichkeit und die finanziellen Auswirkungen einer Veröffentlichung des *OSCE Newsletter* in allen sechs offiziellen OSZE-Sprachen. Ein Vorschlag wurde in den konsolidierten Haushaltsentwurf 1998 aufgenommen.

Die OSZE-Website, die im Laufe der letzten Jahre mehr als 20.000mal besucht wurde - ein Zeichen für das große Interesse an den Aktivitäten der Organisation - wurde durch neue Features, etwa eine interaktive Landkarte und einen Abschnitt über „die OSZE im Netz miteinander verflochtener Institutionen“, ergänzt. Die spürbare Zunahme von Anfragen und Besuchen von Studenten und Interessensgruppen bei der OSZE bestätigen ebenfalls diese Entwicklung.

Es wurde ein System von Referenzbibliotheken eingerichtet, in dessen letzter Ausbaustufe in mindestens einer Bibliothek in jedem OSZE-Teilnehmerstaat eine umfangreiche Sammlung an maßgeblichen OSZE/OSZE-Konferenzdokumenten und Informationsmaterial zu finden sein wird.

1997 verlagerte sich der Schwerpunkt des Prager Büros von den Konferenzdiensten zur Öffentlichkeitsarbeit. Das Prager Büro befaßt sich mit zahlreichen Projekten, einschließlich der technischen Betreuung der OSZE-Website, der meisten Versandlisten, der Erstellung einer CD-ROM und der Aktualisierung der Kontakt-Datenbank.

Eine Serie von „Informationsblättern“ wurde herausgebracht. Das erste dieser Blätter befaßt sich mit Anhang 1-B Artikel IV des Allgemeinen Rahmenübereinkommens für Frieden in Bosnien und Herzegowina und der subregionalen Rüstungskontrolle. Weitere Veröffentlichungen werden 1998 folgen.

Die Abteilung für Allgemeine Angelegenheiten begann mit der Aktualisierung des OSZE-Handbuchs und wird im Frühjahr 1998 eine neue Fassung herausbringen.

Es wurden Maßnahmen getroffen, um die Verbindung und den Informationsaustausch mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen zu verbessern.

### **6.3.3 OSZE On-line**

1997 suchte das Sekretariat nach neuen Wegen, um den Zugang der Teilnehmerstaaten zu Informationen und den Informationsfluß zwischen der OSZE und anderen internationalen Institutionen und Organisationen zu verbessern. Vorgeschlagen wurde die Einrichtung eines On-line-Dienstes unter der Bezeichnung „*OSCE Online*“ der neben einem für die Teilnehmerstaaten bestimmten Kernbereich an Daten jeweils ein Kapitel über die menschliche Dimension, die wirtschaftliche Dimension und eine Übersicht über alle Operationen enthält, die über die Mandate und Einsätze der OSZE und der Institutionen und Organisationen Auskunft geben soll, mit denen die Organisation operativ zusammenarbeitet.

### **III. Die Parlamentarische Versammlung**

Die in der Charta von Paris als eine OSZE-Institution der ersten Stunde eingerichtete Parlamentarische Versammlung (PA) hat ihre Rolle innerhalb der Organisation weiter ausgebaut und erweitert. Das internationale Sekretariat der OSZE PA mit Sitz in Kopenhagen arbeitet eng mit dem Generalsekretär der OSZE und den anderen OSZE-Institutionen zusammen. Der Präsident der PA nimmt regelmäßig an den Treffen der Troika teil und gibt die Erklärungen der Versammlung auf OSZE-Gipfeltreffen und -Ministertreffen ab. Mehr als 300 OSZE-Parlamentarier kamen im Juli in Warschau zu ihrer Jahrestagung zusammen, um OSZE-Fragen und -Aktivitäten zu diskutieren. Die parlamentarische Dimension der OSZE hat in großem Maße dazu beigetragen, daß die Organisation von den nationalen Parlamenten, politischen Kreisen und den Regierungen der Teilnehmerstaaten mehr Unterstützung erhält.

#### **1. Jahrestagung**

Traditionsgemäß hielten der Amtierende Vorsitzende der OSZE sowie der OSZE-Generalsekretär und die Leiter verschiedener OSZE-Institutionen und OSZE-Missionen auf der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung in Warschau eine Ansprache. Zentrales Thema der Tagung war eine Überprüfung der Durchführung der OSZE-Verpflichtungen durch die Unterzeichnerstaaten der OSZE. Die Versammlung verabschiedete eine Erklärung, in der sie zur Durchführung in den Bereichen politische und Sicherheitsangelegenheiten, wirtschaftliche und ökologische Fragen und der menschlichen Dimension Stellung nahm.

#### **2. Jährliche Informationstagung in Wien**

Der Ständige Ausschuß der Delegationsleiter der OSZE PA tagte im Januar in Wien, wo er vom Amtierenden Vorsitzenden, dem Generalsekretär und von Leitern der OSZE-Institutionen informiert wurde. Diese jährlichen Informationstagungen sorgen dafür, daß die Versammlung und ihre Führung zeitgerecht über die OSZE-Aktivitäten informiert werden und daß ein regelmäßiger Dialog zwischen der Regierungs- und der parlamentarischen Seite der OSZE stattfindet.

Unmittelbar vor der Tagung des Ständigen Ausschusses organisierte die Parlamentarische Versammlung in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Parlament ein dreitägiges Seminar für mehr als 40 Parlamentarier aus Zentralasien und dem Transkaukasus. Kernstück des Seminars waren Vorträge von Experten sowie Erörterungen zum Thema parlamentarische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Seminarteilnehmer nahmen auch an der jährlichen Informationstagung und der Tagung des Ständigen Ausschusses teil.

#### **3. Wahlbeobachtung**

Die Parlamentarische Versammlung leistete auch in diesem Jahr einen wichtigen Beitrag zu den Bemühungen der OSZE im Bereich der Wahlüberwachung. Die Versammlung entsandte umfangreiche Parlamentarierabordnungen zur Überwachung der Wahlen in Kroatien, Bulgarien, Albanien, Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska. Parlamentarier als gewählte Mandatare verleihen der OSZE bei ihren Wahlprojekten hinsichtlich Wirkung und Glaubwürdigkeit größeres Gewicht und stellen darüber hinaus ihre Führungsqualitäten in den Dienst von OSZE-Teams für Kurzzeitbeobachtung. Anlässlich des Troika-Treffens im September in Kopenhagen unterzeichneten der Amtierende Vorsitzende

und der Präsident der Parlamentarischen Versammlung ein Kooperationsabkommen zwischen der Versammlung und dem BDIMR, durch das die kooperativen und einander ergänzenden Arbeitsbeziehungen zwischen diesen beiden wichtigen OSZE-Institutionen weiter ausgebaut werden sollen.

#### **4. Besuche und Missionen des Präsidenten**

Der Präsident und andere Mandatäre der Parlamentarischen Versammlung unternahmen in Unterstützung der laufenden Arbeit der Organisation vermehrt offizielle Besuche und Missionen im OSZE-Gebiet, insbesondere dort, wo Langzeitmissionen im Einsatz sind. 1997 besuchte der Präsident der Parlamentarischen Versammlung unter anderem die OSZE-Missionen in Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Albanien und Usbekistan, und stand darüber hinaus an der Spitze einer hochrangigen OSZE-Parlamentarierdelegation in die Türkei, um insbesondere die Menschenrechtslage in diesem Land zur Sprache zu bringen. Der Präsident stattete ferner den Parlamenten Polens und der Russischen Föderation offizielle Besuche ab, während einer der Vizepräsidenten der Versammlung einem gemeinsamen Ersuchen des Parlaments und des Präsidenten Georgiens nachkam und eine Mission nach Georgien und Abchasien unternahm, um in seiner Eigenschaft als Sonderberichterstatter über die dortige Lage zu berichten.

#### **5. Seminare, Konferenzen und Treffen**

Mitglieder und Vertreter der Versammlung nahmen an Tagungen teil, die von anderen OSZE-Institutionen organisiert wurden, darunter dem Wirtschaftsforum in Prag, dem vom BDIMR in Warschau veranstalteten Seminar über Wahlüberwachung und dem Überprüfungstreffen zur menschlichen Dimension. Darüber hinaus baute die Parlamentarische Versammlung ihre eigenen Aktivitäten beträchtlich aus und organisierte im September in Taschkent ein Seminar über Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte sowie im Oktober in Monaco eine Konferenz über subregionale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Über 50 Parlamentarier aus Zentralasien und dem Transkaukasus und ebenso viele Parlamentarier aus anderen OSZE-Staaten nahmen an dem in Verbindung mit einer Sitzung des erweiterten Präsidiums der OSZE PA organisierten Seminar in Taschkent teil. Es wurde beschlossen, nächstes Jahr eine Tagung dieser Art in Tiflis abzuhalten. Die Konferenz in Monaco war eine gemeinsame Veranstaltung mit der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und wurde von über 200 Parlamentariern und offiziellen Vertretern aus dem gesamten OSZE-Gebiet besucht. Der Generalsekretär der OSZE und ein hochrangiger Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden sowie führende Vertreter verschiedener regionaler Wirtschaftsorganisationen richteten das Wort an die Konferenz.

#### **6. Sonstige Aktivitäten**

Die Parlamentarische Versammlung verlieh zum zweiten Mal den jährlich zu vergebenden Preis für Journalismus und Demokratie, diesmal an die Organisation *Reporters sans frontières* mit Sitz in Frankreich, die die Arbeit von Journalisten unterstützt, die sich um die internationale Berichterstattung in Gebieten bemühen, in denen die Pressefreiheit eingeschränkt oder stark beschnitten ist.

Das vom internationalen Sekretariat der OSZE PA in Kopenhagen unterhaltene Stipendienprogramm wurde erweitert; nun stehen Forschungsstipendien für über 15 Bewerber

aus verschiedenen OSZE-Ländern zur Verfügung. Für die Informationsunterlagen der Kurzzeit-Wahlbeobachter der OSZE zeichneten in erster Linie die Stipendiaten der OSZE PA verantwortlich. Die Dauer der Stipendien beträgt sechs Monate und kann bis zu einem Jahr verlängert werden.

## **IV. Beziehungen zu internationalen Organisationen und Institutionen**

Die OSZE baute ihre Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen beträchtlich aus. In zahlreichen Zusammenkünften mit ranghohen offiziellen Vertretern und Experten in den Zentralen oder vor Ort wurden Möglichkeiten für eine verstärkte Koordinierung und Zusammenarbeit auf der Grundlage der jeweiligen Stärken ermittelt, mit dem Ziel, Doppelgleisigkeit und Mittelvergeudung zu verhindern und Synergien und Wertschöpfung zu erzielen.

Die Arbeitsbeziehungen zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen wurden durch vermehrte Kontakte auf hoher Ebene und eine bessere Koordinierung und engere Zusammenarbeit vor Ort weiter verstärkt.

Am 12. Dezember 1996 ergriff der Generalsekretär auf der 51. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen während der üblichen Debatte zur Resolution über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der OSZE das Wort. Er unterrichtete die Generalversammlung über die verschiedenen OSZE-Aktivitäten und führte Gespräche mit dem Generalsekretär und anderen hochrangigen UNO-Beamten über die Interaktion zwischen den Vereinten Nationen und der OSZE in verschiedenen Bereichen.

Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen sowie anderen internationalen Organisationen erhielt zusätzliche Impulse vom jährlichen trilateralen Treffen auf hoher Ebene, das dieses Jahr am 24. Januar in Genf unter Beteiligung von Vertretern von UNO-Institutionen, des Europarats, der OSZE sowie der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) abgehalten wurde. Die Teilnehmer prüften Möglichkeiten zur Erzielung von operativen Synergien in ihren Tätigkeitsbereichen, etwa durch die elektronische Weitergabe von Informationen, zum Beispiel im ehemaligen Jugoslawien, im Kaukasus und in Zentralasien. Diskutiert wurden ferner Anschlußaktivitäten an die im Mai 1996 in Genf abgehaltene Internationale Konferenz über Flüchtlinge und Vertriebene in der GUS.

Die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen vor Ort hat sich erheblich verstärkt. Die Kontakte zwischen den OSZE-Missionen und den Vertretern der Vereinten Nationen in Ländern wie Georgien, Moldau oder Tadschikistan nahmen zu. In manchen Gebieten führte dies zu einer de-facto-Arbeitsteilung, bei Wahrung der autonomen Entscheidungsfindung und der Eigenart jeder Organisation. Die Zuteilung eines Mitglieds der OSZE-Mission zum UNO-Menschenrechtsbüro in Suchumi, Abchasien, Georgien, der eng mit dem Direktor dieses Büros und dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Georgien zusammenarbeitet, trug auf innovative und wirksame Weise zur Festigung der Zusammenarbeit vor Ort bei.

Die engeren Arbeitsbeziehungen zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen zeigten sich auf der 52. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen, auf der wie üblich der Generalsekretär der OSZE das Wort ergriff. Die von der Generalversammlung am 25. November 1997 verabschiedete Resolution über „Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ betont den Beitrag der OSZE zur Sicherheit in Europa, begrüßt die verbesserte Zusammenarbeit und Koordination zwischen den beiden Organisationen und die Fortschritte in der gemeinsamen

Arbeit vor Ort und ersucht den Generalsekretär der Vereinten Nationen, mit dem Amtierenden Vorsitzenden und dem Generalsekretär der OSZE nach Möglichkeiten zu suchen, um diese Interaktion weiter zu stärken.

Die OSZE verstärkte ihre engen Arbeitsbeziehungen mit dem Europarat auch durch verschiedene Zusammenkünfte am Sitz und auf Expertenebene.

Abgesehen von dem genannten trilateralen Treffen auf hoher Ebene fand am 4. Februar in Oslo ein „2+2-Treffen“ zwischen den Amtierenden Vorsitzenden und den Generalsekretären der OSZE und des Europarats statt. Das Treffen erhob den Stand der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen, untersuchte Möglichkeiten zur Verbesserung des Informationsaustauschs, prüfte die Lage in Bosnien und Herzegowina, insbesondere in bezug auf die zukünftigen Pläne der beiden Organisationen, und erörterte Projekte im Zusammenhang mit der Freiheit der Medien.

Am 10. März kam es zu einem OSZE/Europarat-Treffen in Straßburg zwischen Experten aus verschiedenen Ländern und Mitgliedern der Ständigen Delegationen aus Straßburg und Wien, die einen Gedanken- und Erfahrungsaustausch über die verschiedenen Mechanismen, über die die beiden Organisationen zur Überwachung der Durchführung von Verpflichtungen verfügen, abhielten.

Die umfangreichen Kooperations- und Konsultationsmechanismen zwischen OSZE und Europarat lassen sich unter anderem an den Besuchen des Generalsekretärs des Europarats bei der OSZE am 13. Februar und 23. Oktober ablesen. In seiner Rede im Ständigen Rat informierte er über das zweite Gipfeltreffen des Europarats, den Stand der Beitrittsverfahren einiger Länder zum Europarat und die verschiedenen Programme des Europarats in Regionen, in denen auch die OSZE aktiv ist, etwa Albanien, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kroatien und der Kaukasus. Er wies vor allem auf die Notwendigkeit einer fortgesetzten, pragmatischen, aktionsorientierten und gegenseitig verstärkenden Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der OSZE auf der Grundlage von Unabhängigkeit und gegenseitiger Ergänzung hin und sprach sich besonders nachdrücklich dafür aus, die jeweiligen Stärken beider Organisationen im Interesse einer besseren Konfliktverhütung gemeinsam zu nutzen.

Im Rahmen der regelmäßigen trilateralen Treffen auf hoher Ebene zwischen Europarat, OSZE und Vereinten Nationen fand am 4. November in Wien unter dem Vorsitz der OSZE ein zielorientiertes Treffen zum Thema Kaukasus statt, an dem Vertreter des Europarats und verschiedener Organisationen der Vereinten Nationen sowie offizielle Vertreter des IKRK, der IOM und der Europäischen Kommission teilnahmen. Der informelle und pragmatische Rahmen bot den Teilnehmern die Möglichkeit, sich über die Aktivitäten der anderen in der Region zu informieren und die Aussichten auf eine verstärkte Zusammenarbeit vor Ort abzuschätzen.

Die Kooperation und Koordination zwischen der OSZE und anderen internationalen Organisationen wurde durch zwei Treffen erheblich verstärkt, die die OSZE anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs im April in Georgien und im Juli in Usbekistan organisierte. Diese Treffen vor Ort waren insofern von großem Nutzen, als sie - in manchen Fällen zum ersten Mal - die in den beiden Ländern tätigen internationalen Organisationen und NGOs zusammenführten und ihnen Gelegenheit gaben, einander kennenzulernen und Erfahrungen und Informationen auszutauschen. Es gelang, Tätigkeitsbereiche, in denen es Überschnei-

dungen gab, sowie Lösungen ausfindig zu machen, um Doppelgleisigkeit durch Ergänzung zu ersetzen.

Auf dem Treffen der Missionsleiter im Juni in Wien, zu dem die OSZE internationale Organisationen eingeladen hatte, die in Ländern tätig sind, in denen sich OSZE-Missionen befinden, wurde auch der Umfang der weiteren Zusammenarbeit vor Ort fixiert.

Da der Informationsaustausch eine wesentliche Voraussetzung für die Koordination ist, fanden am 23. Januar und 3. Oktober zwei Treffen von EDV-Experten der wichtigsten, im OSZE-Gebiet tätigen internationalen Organisationen statt. Diese Treffen verfolgten das Ziel, konkrete Vorschläge zur Erleichterung des Informationsflusses durch den Einsatz elektronischer Kommunikationsmittel auszuarbeiten und dem trilateralen Treffen auf hoher Ebene zu unterbreiten.

Am 29. und 30. September fand in Portorož, Slowenien, ein Seminar über „Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen und Institutionen: Erfahrungen in Bosnien und Herzegowina“ statt. Dieses Seminar war auf Anregung der Abteilung für Allgemeine Angelegenheiten vom OSZE-Sekretariat organisiert worden und gab der internationalen Gemeinschaft Gelegenheit, ihre Erkenntnisse bezüglich der verschiedenen Verpflichtungen in Bosnien und Herzegowina in bezug auf Sicherheit, wirtschaftliche Angelegenheiten, Menschenrechte und andere Bereiche zu vergleichen und Lehren für die Zukunft zu ziehen. An dem Seminar nahmen hochrangige Vertreter aus 30 Teilnehmerstaaten teil, darunter hochrangige Vertreter der Präsidentschaft Bosniens und Herzegowinas, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska. Ergänzt wurde der Teilnehmerkreis durch Vertreter Japans, Koreas, Ägyptens, Israels und einer großen Anzahl in Bosnien und Herzegowina engagierter internationaler Organisationen und Institutionen.



## V. Beziehungen zu den Kooperationspartnern

Die OSZE setzte ihre Arbeit mit ihren Kooperationspartnern Japan und Republik Korea sowie ihren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum, Ägypten, Algerien, Israel, Marokko und Tunesien fort.

Japan und die Republik Korea leisteten einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung der Kommunalwahlen in Bosnien und Herzegowina. Japan entsandte darüber hinaus Überwacher für diese Wahlen und Personal für die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina.

Auf dem Gipfeltreffen von Lissabon im Dezember 1996 fand ein Ministertreffen der OSZE-Troika mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum statt, um den Zustand der Zusammenarbeit zwischen ihnen zu beurteilen, das Sicherheitsmodell zu erörtern und einen Meinungsaustausch zu anderen Fragen von gemeinsamem Interesse abzuhalten.

Vom 3. bis 5. September fand in Kairo, Ägypten, ein weiteres Mittelmeerseminar statt. Sein Thema lautete: „Das Sicherheitsmodell für das einundzwanzigste Jahrhundert: Auswirkungen auf den Mittelmeerraum“. Neben Vertretern aus 33 OSZE-Teilnehmerstaaten wohnten dem Seminar Vertreter aus Ägypten, Israel, Marokko und Tunesien bei. Zu den teilnehmenden internationalen Organisationen zählten die Arabische Liga und die Organisation für afrikanische Einheit.

Auf dem Seminar wurde das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit in der OSZE-Region und im Mittelmeerraum erneut unterstrichen. Viele Teilnehmer wiesen auf die Notwendigkeit hin, im zukünftigen OSZE-Sicherheitsmodell den Mittelmeerraum als wesentliche Komponente zu berücksichtigen. Es wurde festgestellt, daß die OSZE im Mittelmeerraum eine wichtige Rolle spielen könnte, insbesondere durch Hilfe bei der Förderung der Rechtsstaatlichkeit, der Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen für die Beziehungen zwischen den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und durch ein Konzept für kooperative Strategien zur Auseinandersetzung mit gemeinsamen Anliegen, wie etwa dem Terrorismus.

Die regelmäßigen Tagungen der Mittelmeer-Kontaktgruppe in Wien stellten einen weiteren wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum dar. Auf diesen Tagungen informierten hochrangige OSZE-Vertreter über die Bestrebungen der OSZE in verschiedenen Bereichen, wie etwa Förderung vertrauensbildender Maßnahmen, Schutz nationaler Minderheiten, Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Umsetzung von Maßnahmen zur Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Streitbeilegung. Gemeinsam mit Vertretern der Kooperationspartner im Mittelmeerraum erörterten sie Möglichkeiten, wie sich die Erfahrung und Prinzipien der OSZE auf den Mittelmeerraum übertragen ließen.

## **VI. Kontakte zu nichtstaatlichen Organisationen (NGOs)**

Die Organisation befaßt sich mit Mitteln und Wegen zur weiteren Intensivierung ihrer Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen.

Bei der Verbindung zu den NGOs kam neben dem Sekretariat auch dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) eine wichtige Rolle zu. Dessen NGO-Abteilung gab den Anstoß zu einer Reihe von Aktivitäten, die die Zusammenarbeit zwischen den NGOs stärken und deren Kontakte mit Regierungsstellen verbessern sollen. In Albanien war die NGO-Abteilung am Aufbau eines Netzwerks der örtlichen NGOs beteiligt, und in Usbekistan begann sie gemeinsam mit dem nationalen usbekischen Menschenrechtszentrum und dem OSZE-Verbindungsbüro in Zentralasien, eine Reihe von NGO-Treffen zu Menschenrechtsfragen zu veranstalten. Es sind dies die ersten Treffen dieser Art, die je in Usbekistan abgehalten wurden. Auch am alle zwei Jahre vom BDIMR veranstalteten Implementierungstreffen zu Fragen der menschlichen Dimension beteiligten sich NGO-Vertreter aktiv. Sie erhielten bei dem Treffen Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension.

Kontakte mit den NGOs sind nach wie vor ein wichtiger Teil der Aktivitäten des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten, der bei seinen Missionen in OSZE-Staaten im Sinne vorbeugender Diplomatie besonders auf NGOs als mögliche Informationsquellen zurückgriff.

Die OSZE-Missionen pflegten den Kontakt zu den NGOs, die in den für ihr jeweiliges Mandat maßgeblichen Gebieten tätig sind. In vielen Fällen wurden konstruktive Arbeitsbeziehungen aufgebaut. Informationsaustausch und Koordinierungstätigkeit erwiesen sich als wirksame Instrumente, um in Gebieten gemeinsamen Interesses rasch zu Ergebnissen zu kommen.

Wie in der Vergangenheit angeregt, wurden einige NGOs zum jährlichen Schulungsseminar für Missionsmitglieder eingeladen, wo sie künftige und bereits im Einsatz befindliche Missionsmitglieder über ihre Arbeit in den verschiedenen Gastländern der OSZE-Missionen informierten.

Im Juni nahmen mehrere NGOs an der Tagung der Missionsleiter in Wien teil, auf der ein Überblick über ihre Aktivitäten vorgestellt und neue Kanäle zur Zusammenarbeit erkundet wurden. Auf der Tagung der Missionsleiter im November in Warschau äußerte das BDIMR die Anregung, bei jeder Mission ein Mitglied zu bestellen, das für Aspekte der menschlichen Dimension und für Kontakte mit dem BDIMR und den NGOs zuständig ist.

## **VII. Verwaltung und Finanzen**

### **1. Finanzen**

#### **1.1 Haushaltsplanung**

Der Haushaltsplan für 1997 wurde am 19. Dezember 1996 vom Ständigen Rat genehmigt (PC.DEC/150). Ursprünglich belief er sich auf insgesamt 309,5 Millionen ATS. Für die Aufgaben der OSZE in Bosnien und Herzegowina genehmigte der Ständige Rat kurz danach einen Haushalt in Höhe von 248,9 Millionen ATS (PC.DEC/152). Der Haushaltsplan 1997 wurde noch einmal erhöht, um zusätzliche Mittel für den Persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsker Konferenz befaßt (1,3 Millionen ATS) und für die Wahlbeobachtungsaktivitäten des BDIMR (3,1 Millionen ATS) vorzusehen und Rückstellungen für das „Konzept für BDIMR-Aktivitäten“ (2,4 Millionen ATS) vorzunehmen.

Der Ständige Rat genehmigte am 18. September für die Aktivitäten der OSZE in Albanien für den Zeitraum vom 22. April bis 31. Dezember einen Haushaltsplan in Höhe von 24,2 Millionen ATS und am 20. November einen revidierten Haushaltsplan für die OSZE-Mission in Kroatien in Höhe von 79,5 Millionen ATS.

Der Gesamthaushaltsplan für das Jahr 1997 beträgt nun (mit Stichtag 27. November) 656,4 Millionen ATS, was gegenüber 1996 eine Erhöhung um 120,5 Millionen ATS, das sind 22,49 Prozent, darstellt. Diese Erhöhung ist hauptsächlich auf die verstärkten Aktivitäten des BDIMR, die Aufstockung der Mission in Kroatien und die neuen Aktivitäten in Albanien zurückzuführen.

#### **1.2 Rechnungswesen**

Der Abschluß 1996 wurde den externen Prüfern am 26. März 1997 vorgelegt. Ihr Bericht enthielt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk, der bescheinigt, daß

- der Jahresabschluß die finanzielle Lage der OSZE zum 31. Dezember 1996 und die Ergebnisse der bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Transaktionen korrekt ausweist,
- der Jahresabschluß nach allgemein anerkannten Grundsätzen des Rechnungswesen erstellt wurde,
- die Buchungen im Einklang mit den genehmigten Finanzverfahren und gesetzlichen Bestimmungen erfolgten.

Der geprüfte Jahresabschluß 1996 wurde den Delegationen der Teilnehmerstaaten am 5. Juni 1997 vorgelegt und vom Ständigen Rat am 10. Juli 1997 angenommen (PC.DEC/180).

#### **1.3 Cash Management**

Aufgrund der Zunahme der aus freiwilligen Beiträgen finanzierten Aktivitäten nahm der Kapitalfluß der OSZE 1997 weiter zu. Im Durchschnitt lag der monatliche Barsaldo

insgesamt 20 Prozent über den Zahlen des Vorjahrs. Zur Maximierung der Kapitalerträge wurden das ganze Jahr hindurch kurzfristige Bareinlagen vorgenommen, die am 21. November 1997 einen Stand von 8,2 Millionen ATS auswiesen.

Im Einklang mit dem PC-Beschluß Nr. 182 vom 17. Juli 1997 wurde ein Fonds für unvorhergesehene Ausgaben in Höhe von 30 Millionen ATS eingerichtet. Der Fonds soll es der OSZE ermöglichen, nach einem Beschluß des Ständigen Rates über eine neue OSZE-Aktivität umgehend tätig zu werden und den entsprechenden Finanzbedarf noch vor der Genehmigung des entsprechenden Zusatzhaushaltsplans bereitzustellen, wodurch die flüssigen Mittel der OSZE weiter gestärkt werden.

## **2. Personal**

### **2.1 Personalstatut**

Das Personalstatut wurde vom Ständigen Rat genehmigt und trat am 1. Januar 1997 in Kraft. Die entsprechenden Dienstvorschriften für das Personal wurden vom Generalsekretär herausgegeben.

### **2.2 Interne Verfahren**

Bis zum Vorliegen eines Systems für die gesamte Personalverwaltung und -einstellung wurde ein vorläufiger Dienstplan für die Einstellung des Personals ausgearbeitet.

### **2.3 Einstellung von Personal**

Da die im Sekretariat neugeschaffenen Dienstposten zur Unterstützung der Missionen in Kroatien beziehungsweise in Bosnien und Herzegowina besetzt werden mußten, verdoppelten sich die Einstellungsaktivitäten im Vergleich zu 1996. Darüber hinaus wurde für mehrere Schlüsselpositionen in den beiden genannten Missionen die Direktbesetzung (anstelle einer Dienstzuteilung) genehmigt. Den vierundzwanzig (24) Stellenausschreibungen im Jahr 1996 standen bis November 1997 dreiundvierzig (43) Stellenausschreibungen für befristete Dienstposten gegenüber, daneben fiel ein erhebliches Arbeitsvolumen für die Einstellung von Kurzzeitpersonal an.

## **3. Abteilung für Informationstechnologie**

### **3.1 Sekretariat**

Neben der Unterstützung für die gesamte Software und Computerausrüstung (etwa 500 Großteile) und deren Beschaffung und zusätzlich zur Hilfestellung bei der laufenden Evaluierung und Erprobung neuer Technologien (z.B. WinNT und Office 97) wurden 1997 im Sekretariat die folgenden entscheidenden Verbesserungen an der Infrastruktur der Informationssysteme vorgenommen:

- die gesamte Netzverkabelung am Kärntner Ring wurde für das derzeitige Arbeitsvolumen und den mittelfristig erwarteten zusätzlichen Arbeitsanfall aufgerüstet;

- es wurde eine zentrale und sichere Einrichtung zur Unterbringung aller Server und der gesamten Netzausrüstung am Kärntner Ring installiert (die Klimatisierung soll 1998 folgen);
- Alle Netzbenutzer erhielten E-mail-Zugriff zum Internet (einige technische Probleme müssen noch gelöst werden);
- die Kapazität der Datenverbindung zwischen dem Kärntner Ring und den Räumlichkeiten in der Hofburg wurde verstärkt (und soll zu Beginn des Jahres 1998 fertiggestellt sein).

### **3.2 Missionen**

Die IT-Abteilung lieferte auch 1997 allgemeine Betreuung und Hilfe für eine Reihe konkreter IT-relevanter Projekte.

- Sie war der Abteilung für Missionsunterstützung (MSS) bei der Festlegung des Umfangs, der Ausschreibung und Auswahl ihres BPR-Projekts (Business Process Re-engineering) behilflich.
- Sie lieferte allgemeine EDV-Beratung und -Betreuung (z.B. Maßnahmen zur Verhinderung von Computerviren) einschließlich der Hilfestellung bei der Beschaffung von EDV-Ausrüstung und Software.
- Sie rüstete alle Missionen mit Internet-Anschluß aus.
- Sie gab 580 Notebooks aus, die in der Folge zurückgeholt, aufgerüstet und erneut ausgegeben wurden (Ende 1997 zur Hälfte abgeschlossen).
- Sie beriet und half bei der laufenden Betreuung aller wichtigen Computerkomponenten.

### **3.3 IT-Strategieplan**

Es wurde ein Modellkonzept für eine OSZE-weite Informationssystem-Strategie ausgearbeitet und an zahlreiche OSZE-Benutzer mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet. Nach der Bestellung eines neuen Leiters für die IT-Abteilung wird die Strategiearbeit ausgeweitet, und 1998 werden entsprechende Vorschläge vorgelegt werden.

### **3.4 Statistische Zusammenfassung für 1997**

Das Jahr 1997 war gekennzeichnet durch eine rasche Zunahme beim Ankauf und der Indienststellung von Computerausrüstung und einem entsprechenden Servicebedarf.

- Die Anzahl der im Sekretariat und in der Abteilung für Konferenzdienste unterstützten PCs nahm um 27 Prozent zu (gegenüber einer Zunahme von 26 Prozent im Jahr 1996).
- Die Anzahl der in Betrieb befindlichen Server nahm um 71 Prozent zu (gegenüber einer Zunahme von 75 Prozent im Jahr 1996).

- Die auf den Servern gespeicherte Datenmenge stieg um mehr als 100 Prozent.
- Der Umfang der elektronischen Post via Internet stieg exponentiell von 120 auf mehr als 1000 Nachrichten pro Tag.
- Die Anzahl der in den Missionen eingesetzten PCs erhöhte sich auf mehr als das Doppelte und beträgt nun etwa 1200.

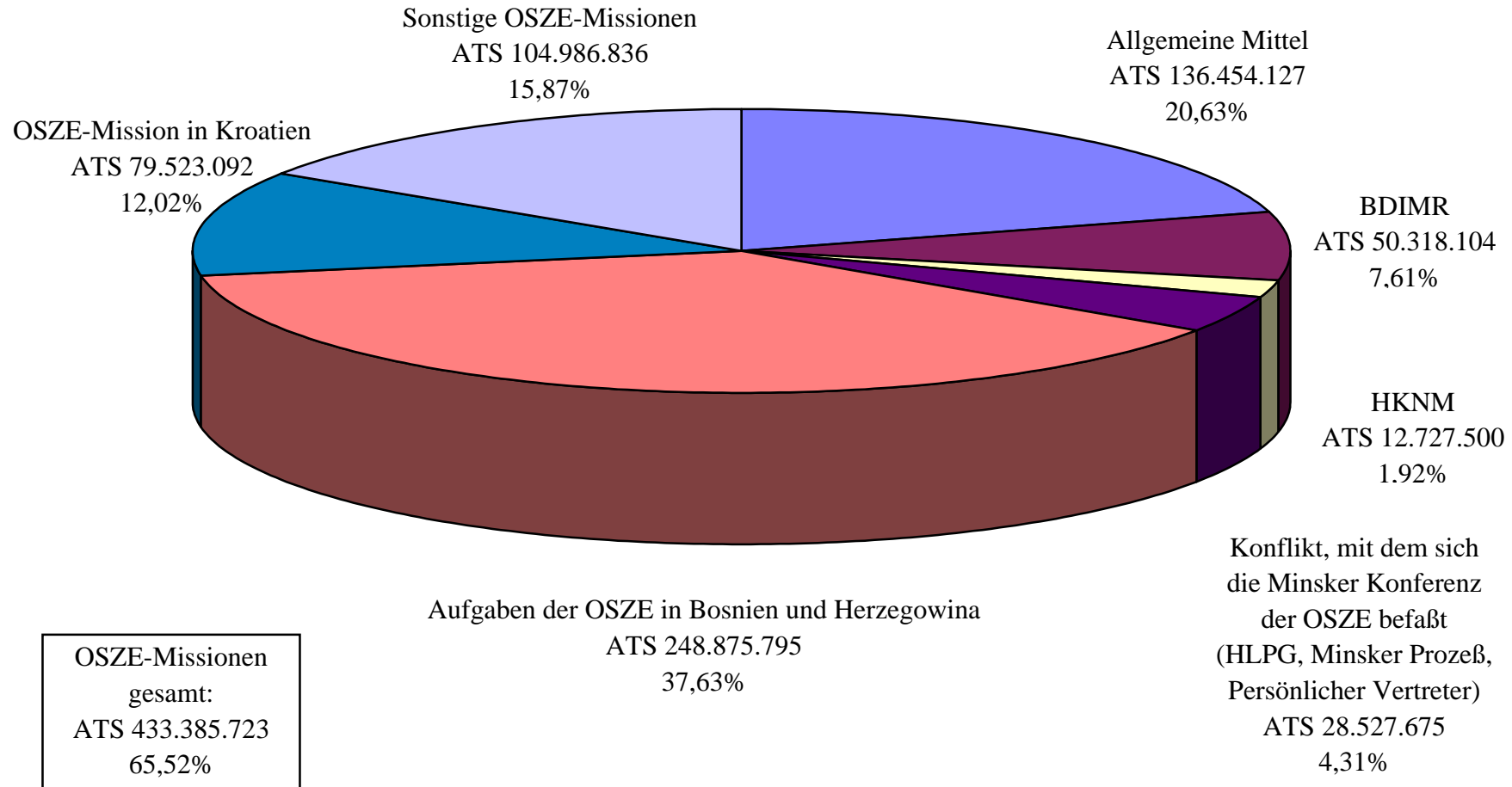
#### **4. Rechtliche Angelegenheiten**

Die Institutionen und Missionen erhielten laufend Beratung und Hilfe in Rechtsfragen. Dabei ging es hauptsächlich um die Aushandlung und den Abschluß von Verträgen und internationalen Vereinbarungen, Vorrechte und Immunitäten in den Gastländern der OSZE-Institutionen sowie Angelegenheiten betreffend den Status und die Aktivitäten von Missionen und deren Personal, Personalfragen, die Umsetzung des Personalstatus samt Dienstvorschriften einschließlich der Ausarbeitung eines Mandats für das Schiedsgericht sowie Versicherungsangelegenheiten.

#### **5. Sonstige Verwaltungsaufgaben**

Die Abteilung für Verwaltung (DAB) stellte auch den OSZE-Missionen wie bisher eine Reihe von Dienstleistungen zur Verfügung, etwa einen Postdienst, ausreichenden Nachschub zur Aufrechterhaltung der täglichen Einsätze, Reise- und Unterbringungsvokehrungen für Mitarbeiter des Sekretariats und der Missionen und die ordnungsgemäße Anmeldung des Personals bei den österreichischen Behörden und die Anerkennung der dem Personal zustehenden Behandlung. Die DAB bewältigte die zunehmend schwierige Aufgabe, die Inhaber zusätzlicher Dienstposten und das Zusatzpersonal der Missionen in den relativ knappen Büroräumlichkeiten unterzubringen. Das Anwachsen der Organisation brachte eine beträchtliche Ausweitung des Dokumentenvolumens und der Aktenführung in der Archivabteilung mit sich. Als Beispiel sei der Fax-Verkehr angeführt, der im Vergleich zu 1995 und trotz des zunehmenden Einsatzes der elektronischen Post um etwa 75 Prozent zunahm.

**KONSOLIDIERTER OSZE-HAUSHALT 1997  
PER 21. NOVEMBER 1997  
ATS 661.413.129**

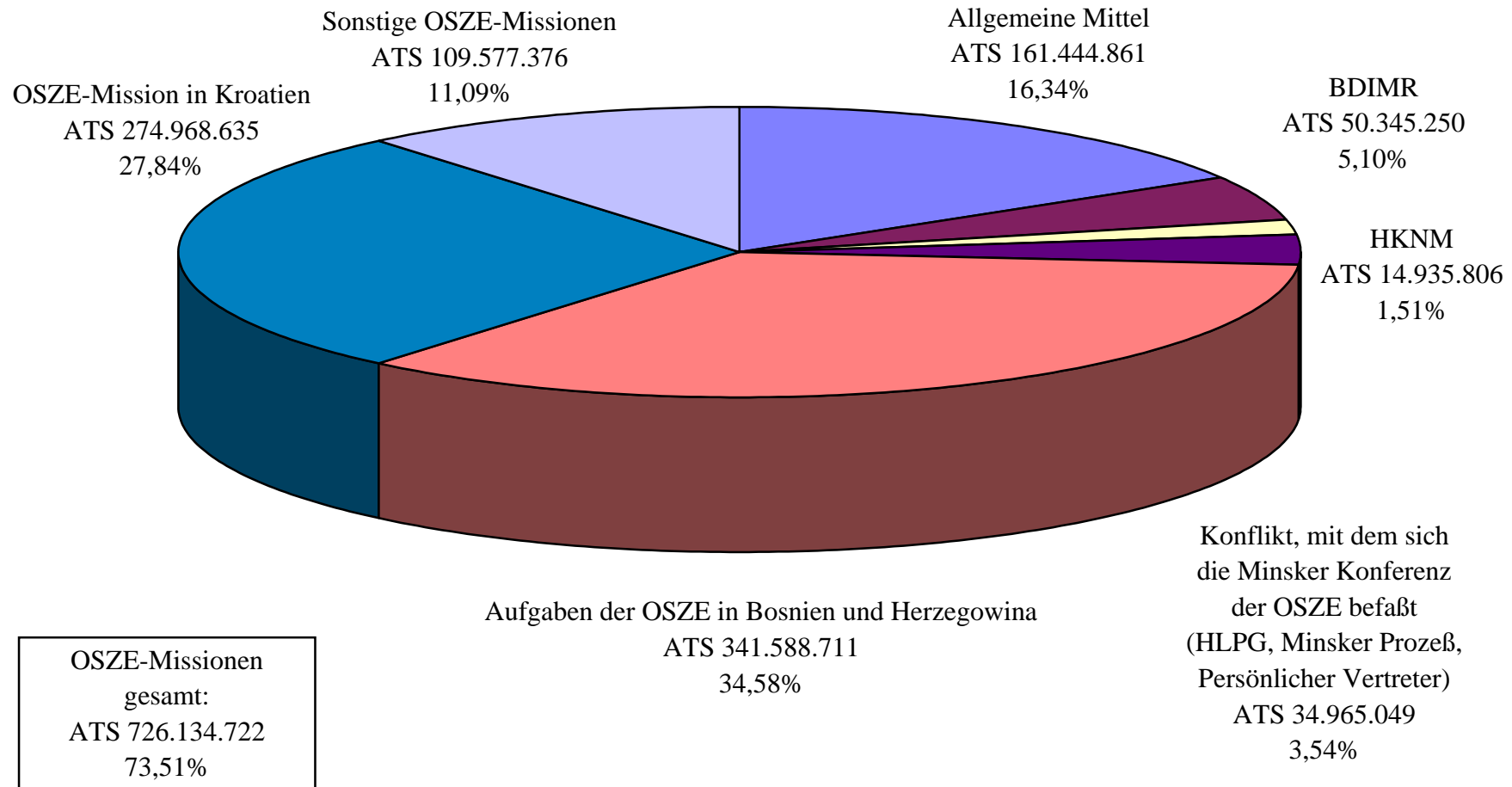


## Konsolidierter OSZE-Haushalt 1997 per 21. November 1997

<u>Mittel</u>	ATS	Prozent
Hauptprogramm		
<b><u>Allgemeine Mittel</u></b>	<b>136.454.127</b>	<b>20,63</b>
Generalsekretär und Abteilung für Allgemeine Angelegenheiten	26.884.255	4,06
Konfliktverhütungsaktivitäten	14.800.717	2,24
Aktivitäten im Zusammenhang mit militärischen Aspekten der Sicherheit	5.482.661	0,83
Konferenzdienste Wien	50.146.879	7,58
Konferenzdienste Prag	4.580.200	0,69
Allgemeine Dienste Wien	31.439.915	4,75
Allgemeine Dienste Prag	3.119.500	0,47
<b><u>Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)</u></b>	<b>50.318.104</b>	<b>7,61</b>
<b><u>Hoher Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)</u></b>	<b>12.727.500</b>	<b>1,92</b>
<b><u>Konflikt, mit dem sich die Minsker Konferenz der OSZE befaßt</u></b>	<b>28.527.675</b>	<b>4,31</b>
Hochrangige Planungsgruppe	2.199.911	0,33
Der Minsker Prozeß	17.762.000	2,69
Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden	8.565.764	1,30
<b><u>OSZE-Missionen</u></b>	<b>433.385.723</b>	<b>65,52</b>
Aufgaben der OSZE in Bosnien und Herzegowina	248.875.795	37,63
OSZE-Mission in Kroatien	79.523.092	12,02
Sonstige OSZE-Missionen	104.986.836	15,87
<b>GESAMT</b>	<b>661.413.129</b>	<b>100,00</b>



**KONSOLIDIRTER OSZE-HAUSHALTSVORANSCHLAG 1998  
PER 30. NOVEMBER 1997  
(noch nicht genehmigt)  
ATS 987.825.688**



OSZE-Missionen  
gesamt:  
ATS 726.134.722  
73,51%

**Konsolidierter OSZE-Haushaltsvoranschlag 1998**  
**per 30. November 1997**  
 (noch nicht genehmigt)

<u>Mittel</u>	ATS	Prozent
Hauptprogramm		
<b><u>Allgemeine Mittel</u></b>	<b>161.444.861</b>	<b>16,34</b>
Generalsekretär und Abteilung für Allgemeine Angelegenheiten	41.991.042	4,25
Konfliktverhütungsaktivitäten	16.946.000	1,72
Aktivitäten im Zusammenhang mit militärischen Aspekten der Sicherheit	8.523.550	0,86
Ressourcen-Management	1.936.667	0,20
Konferenzdienste Wien	49.574.777	5,02
Konferenzdienste Prag	2.349.200	0,24
Allgemeine Dienste Wien	36.259.625	3,67
Allgemeine Dienste Prag	3.864.000	0,39
 <b><u>Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)</u></b>	 <b>50.345.250</b>	 <b>5,10</b>
 <b><u>Hoher Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)</u></b>	 <b>14.935.806</b>	 <b>1,51</b>
 <b><u>Konflikt, mit dem sich die Minsker Konferenz der OSZE befaßt</u></b>	 <b>34.965.049</b>	 <b>3,54</b>
Hochrangige Planungsgruppe	2.680.421	0,27
Der Minsker Prozeß	23.020.217	2,33
Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden	9.264.411	0,94
 <b><u>OSZE-Missionen</u></b>	 <b>726.134.722</b>	 <b>73,51</b>
Aufgaben der OSZE in Bosnien und Herzegowina	341.588.711	34,58
OSZE-Mission in Kroatien	274.968.635	27,84
Sonstige OSZE-Missionen	109.577.376	11,09
<b>GESAMT</b>	<b>987.825.688</b>	<b>100,00</b>